VOR ALLEM
FREIHEIT
WIDERSTAND, REVOLTE, OPPOSITION
DDR – VR POLEN

VORSCHAU

Vor allem Freiheit

Widerstand, Revolte, Opposition
DDR – VR Polen

VORSCHAU

Vor allem Freiheit

Widerstand, Revolte, Opposition
DDR – VR Polen

Herausgegeben von
Kinga Hartmann

Nancy Aris
Marion Brandt
Kinga Hartmann
Łukasz Kamiński
Teresa Korsak
Ehrhart Neubert
Krzysztof Popiński
Grzegorz Strauchold

VORSCHAU

Lernen und verstehen
Poznać i zrozumieć

Görlitz – Dresden – Wrocław 2014

Copyright © Autoren und Sächsische Bildungsagentur

Rezensenten
Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Prof. Dr. habil. Włodzimierz Suleja

Redaktionelle Mitarbeit
Dr. habil. Tomasz Głowiński, Teresa Korsak

Übersetzung ins Deutsche
A.-Marek Sadowski (Kap. 1, 2), Ulrike Bischof (Kapitel 3, 4), Tobias Weger (Kap. 5.1–6), Piotr Jankiewicz (Kap. 5.7–9)

Lektorat und stilistische Bearbeitung
Alexandra Kaczuba (Kap. 2, 4 DDR, 1, 2, 3, 4 VRP), Sebastian Schmidt (Kap. 1, 3, 5 DDR, 5 VRP)

Umschlaggestaltung
Grzegorz Orliński

Bildauswahl
Autoren, Tomasz Głowiński, Fryderyk Potoczek, Jan Kirchhoff

Bildnachweis im Abbildungsverzeichnis

Technische Redaktion, Gestaltung und Satz
Joanna Wagner-Głowińska

Technische Mitarbeit
Jan Kirchhoff, Fryderyk Potoczek, Tadeusz Sałapa

Die Publikation wurde im Rahmen des Ziel3-Projekts der Sächsischen Bildungsagentur *„Bürger für die Freiheit. Zivilcourage gegen Diktaturen. Sachsen und Niederschlesien 1945–1989“* erarbeitet und aus Mitteln des *Operationellen Programms der grenzübergreifenden Zusammenarbeit Sachsen – Polen 2007–2013* finanziert

Projektleitung
Kinga Hartmann

Das Projekt wurde im Jahr 2011 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Ministerium für Infrastruktur der Republik Polen im Rahmen des Wettbewerbs für modellhafte deutsch-polnische Kooperationsprojekte ausgezeichnet

Europäische Union. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung: Investition in Ihre Zukunft/ Unia Europejska. Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego: Inwestujemy w waszą przyszłość

1. Auflage
Görlitz – Dresden – Wrocław 2014

Neisse Verlag, Dresden

ISBN 978-3-86276-117-3

VORSCHAU

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 11

Kapitel 1. Herrschen gegen die Gesellschaft

Nancy Aris

Ideologische und politische Voraussetzungen der kommunistischen Macht in der DDR. Ziele politischer Herrschaft und ihre Verwirklichung 15

1. Das Ende des Zweiten Weltkrieges: eine Gesellschaft zwischen Zusammenbruch und Neubeginn 15
2. Gesellschaftsumbau nach sowjetischem Vorbild: erste Weichenstellungen 18
3. Sowjetische Besatzungspolitik 22
4. Antifaschismus als Legitimation 28
5. Wirtschaftliche Neuorientierung: Enteignung und Verstaatlichung 30
6. Kommunismus auf dem Land: Bodenreform und Kollektivierung 32
7. Verwaltungsumbau und die Einflussnahme der kommunistischen Machthaber auf Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft 35
   - Umbau des Bildungswesens durch Neulehrer 36
   - Einschränkende Zulassungspolitik an Hochschulen 37
   - Ideologische Umformung der Gesellschaft: sozialistische Erziehung 38
8. Machtsicherung nach innen: Gleichschaltung und Überwachung 40
   - Machtmonopol der SED 40
   - Scheinwahlen 42
   - Das Wirken der Staatssicherheit 43
9. Machtsicherung nach außen: Abschottung durch Mauer und Stacheldraht 45

Krzysztof Popiński

Ideologische und politische Voraussetzungen der kommunistischen Macht in der VR Polen. Ziele politischer Herrschaft und ihre Verwirklichung 49

1. Polen nach dem Zweiten Weltkrieg 49
   - Geopolitische Lage 49
   - Territoriale und demographische Veränderungen 51
2. Grundzüge des kommunistischen Systems in Polen 54
   - Ideologie und politische Praxis 54
   - Gesellschaftliches Leben 54
   - Verhältnis zur Kirche 58

VORSCHAU

- Vorrangstellung der Ideologie in der Wirtschaft 60
- Bildungs- und Hochschulwesen 65
- Kultur 67

3. Die Säulen der kommunistischen Macht in Polen 69
   - Die kommunistische Partei und ihre Blockparteien 69
   - Jugendorganisationen 72
   - Gesellschaftliche Organisationen 74
   - Justiz 75
   - Propaganda und Zensur 76
4. Der bewaffnete Arm des Staates 78
   - Sowjetarmee in Polen 78
   - Polnische Armee 79
   - Bürgermiliz 81
   - Sicherheitsbehörde und Sicherheitsdienst 82

Kapitel 2. Anstand hat einen hohen Wert

Marion Brandt

DDR – die Rolle und Stellung des Individuums in totalitären Systemen. Zivilcourage – die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit im Alltag 85

1. Vom *neuen* zum *gläsernen* Menschen 85
2. Die Vergesellschaftung des Individuums 86
   - Wirtschaftliche Aspekte 86
   - Gesellschaftliche Gleichschaltung und Mobilisierung 87
   - Ideologie 89
   - Militarisierung der Gesellschaft 90
   - Terror 91
3. Zwischen Anpassung, Verweigerung und Auflehnung 92
   - „Ich mache nicht mehr mit“: Motive für den Ausstieg 93
   - Die „Abstimmung mit den Füßen“: Flucht und Ausreise aus der DDR 97
   - Verweigerungen 98
   - Das freie Wort: Protest und Solidarisierung 102
   - Alternativen 109

Kinga Hartmann, Teresa Korsak

VR Polen – die Rolle und Stellung des Individuums in totalitären Systemen. Zivilcourage – die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit im Alltag 113

1. Der Totalitarismus 113
2. Die Machtergreifung 116
   - Social Engineering 118
   - Die Sprache der Propaganda 120
3. Die polnische Gesellschaft in der neuen Realität 122
4. Haltungen in der Bevölkerung 125
5. Die Jahre des Stalinismus in Polen 127
6. Die unsichtbare Grenze der Kritik 131
7. Zwischen Oktober 1956 und März 1968 134

VORSCHAU

8. Belege für Zivilcourage 137
9. Verteidigung der Leidtragenden 143
10. Die Menschen des KOR 148
11. Achtzig Millionen 151
12. Bewährungsprobe 154
13. Die Kirche und ihre Hirten 158

Kapitel 3. Klassenfeinde

Nancy Aris

Die Opposition im totalitären Staat – vom bewaffneten Widerstand zur demokratischen Opposition. Entstehung und Vorgehensweise der Opposition in der DDR 161

1. Widerstand in der Nachkriegszeit – enttäuschte Hoffnung und Gegenwehr 161
   - Der Widerstand an Schulen 162
   - Die Werdauer Oberschüler 162
   - Studentischer Widerstand 165
2. Gegen eine neue Diktatur und der Kampf um die Deutsche Einheit 167
3. Rolle der Westfluchten und Fluchthilfe als Widerstandsakt 169
4. Die Bedeutung des Mauerbaus für das Wirken der ostdeutschen Opposition 174
   - Veränderte Ziele der Opposition: von grundsätzlicher Ablehnung zu partieller Kritik 174
   - Protest gegen die Sprengung der Leipziger Paulinerkirche 174
   - Der Fall Wolf Biermann: Kritik wird ausgebürgert 178
5. Der KSZE-Prozess und seine Rolle für die Herausbildung einer Protestbewegung 181
   - Ausreise wird zur Massenerscheinung 185
   - Entstehung und Vernetzung von Umwelt- und Friedensgruppen 186
6. Die Protestbewegung verlässt den Schutzraum der Kirche – der Weg zur Friedlichen Revolution 192
   - Die Friedliche Revolution: osteuropäische Einordnung 192
   - Wegbereiter der Friedlichen Revolution 193
   - „Eine Hoffnung lernt gehen“ – die Ökumenische Versammlung 194
   - Montagsgebete in der Leipziger Nikolaikirche 195
   - Das Leipziger Straßenmusikfestival im Juni 1989 198

Łukasz Kamiński (1), Krzysztof Popiński (2–4)

Die Opposition im totalitären Staat – vom bewaffneten Widerstand zur demokratischen Opposition. Entstehung und Vorgehensweise der Opposition in der VR Polen 201

1. Die Jahre 1945–1970 201
   - Widerstand 201
   - Legale Opposition 204
   - Untergrund 207
   - Kampf um die Wahlen 210
   - Abrechnung mit der Opposition 212
   - Widerstand der Jugend 214

VORSCHAU

- 1956 – Hoffnung und Enttäuschung 215
- „Komandosi“ und „Ruch“ 217

2. Charakteristik der antikommunistischen oppositionellen Gruppierungen 221
3. Die Jahre 1970–1980 222
   - Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) 222
   - Gesellschaft für Wissenschaftliche Kurse 223
   - Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte 224
   - Studentische Solidaritätskomitees 226
   - Bewegung des Jungen Polens 227
4. Die Jahre 1980–1989 228
   - Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarność“ 228
   - Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft der Einzelbauern „Solidarność“ 234
   - Unabhängiger Studentenverband 236
   - „Kämpfende Solidarność“ 238
   - Konföderation des Unabhängigen Polens 239
   - PPS und PPS-RD 241
   - Bewegung „Freiheit und Frieden“ 242
   - „Polnisch-Tschechisch-Slowakische Solidarność“ 245
   - Föderation der Kämpfenden Jugend 250
   - Union für Realpolitik 251

Kapitel 4. Die helfende Hand

Marion Brandt

Die Unterstützung aus dem Ausland und die Bedeutung auswärtiger Kontakte für die Entwicklung von Dissens und Opposition in der DDR 253

1. Die Bundesrepublik Deutschland, Westeuropa und die USA 254
   - Medien 254
   - Regierung und Parteien der Bundesrepublik Deutschland 257
   - Widerstandsgruppen, Hilfskomitees, Organisationen und soziale Bewegungen 262
   - Ehemalige DDR-Bürger im Westen 267
2. Aufstände und Reformversuche in anderen sozialistischen Ländern 269
   - Das Jahr 1956 269
   - Der Prager Frühling 272
   - „Solidarność“ 273
   - Die 1980er Jahre: Zusammenarbeit von Oppositionellen in den Ländern des Ostblocks 275
   - „Perestroika“ und „Glasnost“ 276

Łukasz Kamiński

Die Unterstützung aus dem Ausland und die Bedeutung auswärtiger Kontakte für die Entwicklung von Dissens und Opposition in der VR Polen 279

1. Jalta 280
2. Die Unbeugsamen 281
3. Das Schicksal der Soldaten 283

VORSCHAU

4. Kontakt zur Heimat 284
5. Stimmen der Freiheit 285
6. Über den Eisernen Vorhang hinweg 288
7. „Kultura“ 289
8. Die Aufmerksamkeit der Welt 291
9. Neue Emigranten 293
10. Hilfe für die Opposition 294
11. Solidarisch mit der „Solidarność“ 297
12. Auf dem Weg zu einem freien Polen 302

Kapitel 5. Revolte und Widerstand

Ehrhart Neubert

DDR – die wichtigsten Versuche, die kommunistische Realität zu ändern. Die Rolle und Bedeutung der Opposition beim Sturz der Gewaltherrschaft 305

1. Der Volksaufstand im Juni 1953 305
2. Fluchtbewegung und der Mauerbau am 13. August 1961 310
3. Abtrünnige Kommunisten in Opposition 313
4. Kritische Jugendkulturen 315
5. Die Kirchen zwischen Anpassung und Protest 317
6. „Schwerter zu Pflugscharen“ – die oppositionelle Friedensbewegung 319
7. Die Umweltbewegung 322
8. Kampf gegen Wahlfälschungen 1989 324
9. Die Opposition in der Revolution 1989/90 326
10. Mauerfall und Machtverlust der SED 331

Grzegorz Strauchold (1–6), Krzysztof Popiński (7–9)

VR Polen – die wichtigsten Versuche, die kommunistische Realität zu ändern. Die Rolle und Bedeutung der Opposition beim Sturz der Gewaltherrschaft 335

1. Die Anfänge der „Volksdemokratie“ 335
2. Formen des gesellschaftlichen Widerstands gegen die Einführung der kommunistischen Diktatur 340
3. Der Tod Stalins und seine politischen Folgen für Polen 350
4. Politischer Wandel in Polen im Jahr 1956 354
5. Wachsende Unzufriedenheit und Krisenanzeichen in den Jahren 1957–1968 361
6. März 1968 und seine Konsequenzen 364
7. Herausbildung oppositioneller Einstellungen in Polen – Intellektuelle und Arbeiter 369
8. Chronik des polnischen Wegs zur Freiheit in den Jahren 1970–1989 371
   - Dezember 1970 – die Ereignisse an der Küste 371
   - Juni 1976 – Proteste in Radom und Wiedergeburt der Opposition 376
   - Vom August 1980 bis zum Dezember 1981 – Die „Solidarność“-Ära 380
   - Die 1980er Jahre – Streiks, Demonstrationen, Untergrund 385
   - Runder Tisch und die Wahlen im Juni 1989 392
9. Die Bedeutung der Proteste gegen die kommunistische Macht 397

VORSCHAU

Literatur 398

Abkürzungsverzeichnis 404

Abbildungsverzeichnis 407

Autoren 421

VORSCHAU

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,
Liebe Leserinnen und Leser,

gerne möchte ich mit Euch einige Überlegungen teilen, die mich jahrelang bei meiner Tätigkeit für die deutsch-polnische Verständigung und den deutsch-polnischen Dialog begleitet haben. Sie haben unter anderem auch die Entscheidung auf den Weg gebracht, dass ein gemeinsames, von Deutschen und Polen verfasstes Buch über den beschwerlichen, zugleich aber beharrlichen und von Erfolg gekrönten Weg vieler mutiger Menschen in ihrem Streben nach Freiheit und Überwindung des Kommunismus in Europa notwendig sei.

Bestimmt fragt Ihr Euch, weshalb ein weiteres Buch voller Daten, Namen, Beschreibungen von Ereignissen und alter Fotografien wichtig sei und wozu es gut sein solle. Schließlich sind doch der Kommunismus und seine Folgen bereits Gegenstand Eures Unterrichts. Allerdings habe ich die Beobachtung gemacht, dass Ihr gemeinhin der Auffassung seid, das Wissen über diese Diktatur nütze Euch nichts. Bei Euren Lebensentscheidungen bzw. bei politischen Fragen, bei der Wahl Eurer Studienrichtung und bei Eurer beruflichen Laufbahn, so Euer Standpunkt, sei diese Diktatur, die in unseren beiden Ländern nicht mehr besteht, ein abgeschlossenes Kapitel einer dunklen Vergangenheit, wäre das sie betreffende Material am besten in einem Archiv aufgehoben, aus dem es bei Bedarf hervorgeholt werden kann.

Allen Autoren des vorliegenden Buches, für das wir den Titel *Vor allem Freiheit* gewählt haben, schwebte vor, Euch besonders bewusst

VORSCHAU

zu machen, dass die Meinungs- und Äußerungsfreiheit, die Achtung der Bürgerrechte sowie das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen einen ungemeinen Luxus darstellen, in dem zu leben Ihr das Glück habt. Auf diesen Luxus haben viele Menschen jahrelang hingearbeitet, haben dafür ihre Karriere, ihren beruflichen Aufstieg, sogar das eigene Leben und die persönliche Sicherheit aufs Spiel gesetzt. Es wäre unverantwortlich, hielten wir nicht in den nachfolgenden Generationen die Erinnerung an jene Menschen wach, stellten wir uns in der heutigen Zeit nicht die Frage, was Zivilcourage im Leben eines jeden bedeutet und ob sie nicht auch heute erforderlich ist. Die Antwort fällt eindeutig aus: Zivilcourage ist auch in einer Demokratie unerlässlich, denn kein Zustand hat von selbst für immer Bestand. Es kommt daher darauf an, das Erreichte wertzuschätzen und es nicht aufs Spiel zu setzen.

Zivilcourage ist nicht ausschließlich eine Frage der Moral. Es geht um die Haltung, die ein Mensch tagtäglich im Kollegenkreis, in der Schule, in der Sportmannschaft, auf der Straße, im Verein, ja überhaupt in jeder Lebenssituation einnimmt. Es ist die Wahl zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Gut und Böse, also zwischen Werten, die über die Charakterfestigkeit jedes Menschen in jedem politischen System entscheiden.

Das vorliegende Buch schildert Ereignisse und vor ihrem Hintergrund die Schicksale von Menschen, die sich unter den extrem schwierigen Bedingungen der damals sehr weit verbreiteten Unaufrichtigkeit dazu entschieden, sich dem System zu widersetzen, das sich zwar selbst für das einzig gerechte hielt, sich aber auf Lügen und Ungerechtigkeiten, ja selbst auf Verbrechen, stützte. Sie taten dies ungeachtet der Repressionen, die bei Nichtanpassung an die von den Machthabern aufgezwungenen Erfordernisse drohten.

Weshalb jedoch war es wichtig, dass Deutsche und Polen gemeinsam diese für unsere beiden Nationen schwierige Zeit beschreiben? Die einfachste Antwort auf diese Frage lautet: weil die Deutschen zu wenig über die Schicksale der Polen in deren Kampf gegen den Kommunismus wissen und auch die Polen viele Wissenslücken schließen müssen, was die Geschicke von Gesellschaft und Opposition in der ehemaligen DDR angeht. Von großer Bedeutung ist auch, dass die deutschen und polnischen Autoren dieses Buches gemeinsam über dessen Konzeption diskutierten, gemeinsam über die Inhalte und das Bildmaterial entschieden und sich mit den Lehrplänen und -methoden sowie mit den Lehrbüchern und den Unterrichtsmaterialien des Nachbarlandes vertraut gemacht haben.

Dies ist eine sehr wichtige Erfahrung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich der Bildung.

VORSCHAU

Bei der Lektüre und bei der Arbeit mit diesem Buch werdet Ihr feststellen, dass es aus fünf großen Themenblöcken besteht, die jeweils von einem deutschen und einem polnischen Autor bearbeitet wurden. Jeder Autor schildert aus seiner eigenen, nationalen Perspektive die in seinem Land stattgefundenen Ereignisse und Prozesse, die das betreffende Kapitel behandelt. Das Buch erscheint in einer deutschen und einer polnischen Sprachversion, wodurch Schüler und Lehrer aus Deutschland wie aus Polen gleichermaßen damit arbeiten können.

In diesem Buch erfahrt Ihr, weshalb jener Teil Europas von einer kommunistischen Gesellschaftsordnung beherrscht wurde. Ihr erfahrt, wie beide Gesellschaften nach Möglichkeiten suchten, sich aus dieser zu befreien. Ihre Wege waren so unterschiedlich, wie es auch die Voraussetzungen und Umstände für die Einführung des Kommunismus in Polen und in Deutschland gewesen waren.

Einige Namen, die in diesem Buch Erwähnung finden, sind Euch sicherlich bereits aus den Medien geläufig – aus Fernsehprogrammen, in denen sich die Protagonisten jener Zeit zur aktuellen Politik äußerten. Indem Ihr Euch mit ihrer damaligen Tätigkeit und dem Preis vertraut macht, den sie für ihre Haltung bezahlten, werdet Ihr ihre heutigen Aussagen und Ansichten besser verstehen können. Damit werdet Ihr besser darauf vorbereitet sein, am politischen Diskurs teilzunehmen – sei es auch nur durch die Stimmabgabe bei Wahlen.

Die Lehrpläne beider Länder gewährleisten noch immer keinen ausreichenden Unterricht im Hinblick auf das Nachbarland. Aus diesem Grund sind Jugendliche häufig allein durch eine emotionale, subjektive Wissensvermittlung in der Familie oder im sozialen Umfeld, aber auch durch tendenziöse Medien geprägt. Die Annahme und die Verfestigung negativer Stereotypen führen jedoch häufig zu einem mangelnden Vertrauen in und Glauben an die Möglichkeiten von Angehörigen einer anderen Nationalität und schlimmstenfalls zu einer fehlenden Achtung vor diesen.

Ich hoffe, dass dieses Buch zum besseren Verständnis vieler gesellschaftlicher und politischer Prozesse beiträgt, die in unseren beiden Ländern stattfinden. Am wichtigsten ist jedoch, dass das Wissen, das Ihr aus dem Buch schöpft, bei Euch ein Gefühl der Anerkennung für all jene auslösen möge, die für Euch die Realität erkämpft haben, in der Ihr in Würde und Freiheit leben und arbeiten könnt.

Das vorliegende Buch verdankt sein Zustandekommen dem Einsatz zahlreicher Personen, die nicht alle in einer kurzen Einleitung aufgeführt werden können. An erster Stelle danke ich den Autoren sowie den Redakteuren und Didaktikern, den Gutachtern, den

VORSCHAU

Übersetzern und dem Team vom Koordinierungsbüro der Sächsischen Bildungsagentur in Görlitz.

Ich danke auch Herrn Michael Beleites aus Sachsen und Herrn Kazimierz Wóycicki aus Polen, die mich in vielen Gesprächen zu diesem Projekt inspiriert haben. Mein großer Dank gilt ferner Frau Teresa Korsak, die auf jede einzelne Seite des Buches sehr viel Mühe verwandt hat.

Besonders danken möchte ich derjenigen Person, die mit ihrer Unterschrift im Sommer 2009 das Projekt in Gang gesetzt und damit auch das Entstehen des vorliegenden Buches ermöglicht hat: der derzeitigen Kultusministerin des Freistaates Sachsen, Frau Brunhild Kurth, die seinerzeit Direktorin der Sächsischen Bildungsagentur war. Mit gutem Willen und Vertrauen hat sie erneut gezeigt, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich der Bildung den zuständigen Behörden in Sachsen am Herzen liegt und einer besonderen strukturellen Förderung bedarf. Die Arbeit von Brunhild Kurth führt der derzeitige Direktor der SBA, Herr Béla Bélafi, fort. Auch ihm danke ich für seine Unterstützung und Betreuung der EU-geförderten Bildungsprojekte im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit zwischen Sachsen und der Woiwodschaft Lebus. Die Bildungsbehörden des Freistaates Sachsen suchen seit vielen Jahren nach strategischen Lösungen zur Förderung und Ausweitung des Polnisch-Unterrichts an sächsischen Schulen, um das Wissen über Polen bei Schülern und Lehrkräften ebenso wie bei den Mitarbeitern der Landesschulbehörden zu vergrößern. Damit haben sie die Grundlagen für ein Modell geschaffen, das nicht nur für andere Bildungseinrichtungen in Deutschland, sondern auch für zahlreiche andere Grenzregionen in Europa Vorbildcharakter haben kann. Insbesondere dort, wo Freundschaft, partnerschaftlicher Dialog und Verständigung vor dem Hintergrund einstiger Konflikte aufgebaut werden müssen.

Ich hoffe, dieses regionale Beispiel der Bildungszusammenarbeit kann ein weiterer Schritt zum Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen und ein Beispiel für den guten Willen vieler Menschen sein.

Euch Schülerinnen und Schülern aber wünsche ich eine interessante Lektüre, angeregte Diskussionen und eine offene Sichtweise auf die Nachbarn auf der anderen Seite von Oder und Neiße.

Kinga Hartmann

VORSCHAU

Kapitel 1

Herrschen gegen die Gesellschaft

Ideologische und politische Voraussetzungen der kommunistischen Macht in der DDR

Ziele politischer Herrschaft und ihre Verwirklichung

1. Das Ende des Zweiten Weltkrieges: eine Gesellschaft zwischen Zusammenbruch und Neubeginn
2. Gesellschaftsumbau nach sowjetischem Vorbild: erste Weichenstellungen
3. Sowjetische Besatzungspolitik
4. Antifaschismus als Legitimation
5. Wirtschaftliche Neuorientierung: Enteignung und Verstaatlichung
6. Kommunismus auf dem Land: Bodenreform und Kollektivierung
7. Verwaltungsumbau und die Einflussnahme der kommunistischen Machthaber auf Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft
   - Umbau des Bildungswesens durch Neulehrer
   - Einschränkende Zulassungspolitik an Hochschulen
   - Ideologische Umformung der Gesellschaft: sozialistische Erziehung
8. Machtsicherung nach innen: Gleichschaltung und Überwachung
   - Machtmonopol der SED
   - Scheinwahlen
   - Das Wirken der Staatssicherheit
9. Machtsicherung nach außen: Abschottung durch Mauer und Stacheldraht

1. Das Ende des Zweiten Weltkrieges: eine Gesellschaft zwischen Zusammenbruch und Neubeginn

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 endet in Europa der Zweite Weltkrieg. Europa ist verwüstet. Millionen Kriegstote, ebenso an der Front wie unter der Zivilbevölkerung, der Völkermord an den Juden und unvorstellbare Zerstörungen sind die Bilanz von Rassenhass und Eroberungswahn. Die Deutschen spüren die Auswirkungen des Krieges am eigenen Leib und erleben in vielerlei Hinsicht einen völligen Zusammenbruch. Zerstörte Städte und Hunger prägen den Alltag, Tausende haben ihr Zuhause verloren und sind auf der Suche nach Angehörigen. Etwa zwölf Millionen Flüchtlinge aus den Ostgebieten suchen eine neue Heimat. Mit jedem Tag tritt zudem die Dimension der angerichteten Verwüstungen und die Schwere der begangenen Verbrechen deutlicher hervor. Die Deutschen sehen in britischen Wochenschaubeiträgen erstmals Bilder aus den Konzentrationslagern, die das Ausmaß und die Art der Verbrechen in vollem Umfang sichtbar werden lassen. Sie erfahren vom millionenfach praktizierten industriemäßigen Mord in den Vernichtungslagern, von der Beseitigung „lebensunwertem Lebens“ im Rahmen der Euthanasie. Sie werden mit den Folgen des Eroberungskrieges und den von der Wehrmacht verübten Gräueltaten konfrontiert. Dies alles markiert einen bis dahin nicht dagewesenen Zivilisationsbruch und Werteverlust.

VORSCHAU

Dresden am 1. März 1945

Viele Innenstädte gleichen einer Trümmerwüste. Städte wie Pforzheim, Braunschweig, Darmstadt, Hildesheim oder Magdeburg sind völlig zerstört. Viele Bewohner sind geflohen oder tot. Köln, das 1939 über 750 000 Einwohner hatte, zählt beim Einmarsch der amerikanischen Truppen nur noch 40 000. Mehr als 20 Millionen Menschen haben ihren Wohnraum verloren. Die Infrastruktur ist zusammengebrochen, in den Städten fehlt es an Wasser, Gas und elektrischem Strom. Der Verkehr funktioniert aufgrund der zerstörten Transportwege kaum noch.

Das KZ Bergen-Belsen wird am 15. April 1945 von britischen Truppen befreit. Den Soldaten bietet sich ein Bild des Grauens. Ihr Foto- und Filmmaterial dokumentiert erstmals das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen und prägt bis zum heutigen Tag die Erinnerung an die Gräueltaten.

Das Konzentrationslager Bergen-Belsen am 24. April 1945. Das Foto zeigt den stellvertretenden Lagerkommandanten Franz Hößler, der vor einem Lastwagen mit Leichen postiert wurde

Millionen Flüchtlinge sind auf der Suche nach einem neuen Zuhause. Kriegsheimkehrer oder Ausgebombte suchen nach Angehörigen. Überall sind Hinweisschilder zu finden, die über den Verbleib der Menschen Auskunft geben sollen

VORSCHA

Gleichzeitig bedeutet das Kriegsende für die Deutschen einen Neubeginn, die sogenannte Stunde Null.

Wie bereits auf der Kriegskonferenz in Jalta im Februar 1945 von den Siegermächten geplant, wird Deutschland in Besatzungszonen eingeteilt und unter eine gemeinsame alliierte Verwaltung gestellt. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße gehören nun zu Polen.

Berlin im Juni 1945. Die sogenannten Trümmerfrauen leisten in den ersten Nachkriegsmonaten entscheidende Hilfe beim Enttrümmern der Städte. Sie bergen noch brauchbare Materialien aus den Schuttbergen und bearbeiten diese, so dass sie für den Wiederaufbau nutzbar werden. Im Hintergrund ist der Turm des Roten Rathauses zu sehen

Deutschland im Jahr 1945. Besatzungszonen

Neuanfang und Wiederaufbau der Gesellschaft sind von Anfang an geprägt von der deutlichen Abkehr vom nationalsozialistischen Regime. Die Siegermächte leiten in ihren Zonen Entnazifizierungsmaßnahmen ein und schaffen erste Strukturen für einen demokratischen Neubeginn. Dieser gemeinsame Grundgedanke, der die Besatzungspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit zonenübergreifend leitet, tritt zunehmend hinter machtpolitisches Agieren einzelner

VORSCHAU

ALLIIERTER KONTROLLRAT: Militärorgan, das von August 1945 bis März 1948 auf dem Gebiet des besiegten Deutschlands regierte. Der Rat setzte sich aus den Oberbefehlshabern der alliierten Armeen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zusammen. Seinen Sitz hatte er in Berlin.

Alliierter zurück. Der wachsende Ost-West-Konflikt und die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte führen zu einem Auseinanderdriften der Positionen im Alliierten Kontrollrat und letztlich zum Scheitern einer gemeinsamen Besatzungspolitik. Gründe sind die verschiedenen Vorstellungen der USA, Frankreichs, Englands und der Sowjetunion hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Perspektive der besetzten Zonen.

AUFGABEN

1. Gib eine Übersicht über die Zerstörungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.
2. Erkläre die Bedeutung der Aufklärung über deutsche Kriegsverbrechen.
3. Erläutere, warum die Autorin des Kapitels das Ende des Zweiten Weltkrieges als „Stunde Null" bezeichnet.

2. Gesellschaftsumbau nach sowjetischem Vorbild: erste Weichenstellungen

Mit der Bildung der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gelangt der Osten Deutschlands in den sowjetischen Machtbereich. Bereits am 9. Juni 1945 übernimmt die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst die Regierungsgewalt. Die SMAD untersteht der sowjetischen Regierung und somit Stalin direkt.

Von Beginn an soll der Wiederaufbau Ostdeutschlands nach sowjetischem Vorbild erfolgen, auch wenn nach außen hin zunächst politischer und kultureller Pluralismus demonstriert werden. So fördern die Russen die Wiederbelebung der Kulturszene: Theater öffnen wieder, Verlage werden gegründet. Bereits einen Tag nach der Gründung der SMAD gestattet diese zudem per Befehl Nr. 2 die Gründung von Parteien und Gewerkschaften, wenn diese sich dem Kampf gegen faschistische Überreste und der Festigung der Demokratie verpflichten. Auch die Herausgabe von Zeitungen wird den Parteien erlaubt. Der Befehl wirkt wie eine Initialzündung: KPD, SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands) und LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) gründen sich neu. Von der SMAD

VORSCHAU

Die Seiten 19-37 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Arbeiterschaft auf der anderen Seite führen bald zu einer Ruhigstellung der Universitäten und zur Vereinnahmung der Intelligenz.

In den Folgejahren durchleben die Universitäten in der DDR verschiedene Hochschulreformen. Diese nehmen ihnen die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung. Sie machen die ideologische Formung zum Studieninhalt, indem ein für alle Studiengänge verpflichtendes Fach Marxismus/Leninismus eingeführt wird, das weit über 250 Studienstunden beinhaltet. Die mit den Reformen verbundene strukturelle Neuordnung der Universitäten in Studienjahre und Sektionen bewirkt, dass die universitäre Selbstverwaltung de facto zum Erliegen kommt.

Ideologische Umformung der Gesellschaft: sozialistische Erziehung

Die ideologische Formung in der DDR beginnt im Kleinkindalter. Das Einprägen von Feind-Freund-Mustern, die Liebe zur „sozialistischen Heimat", die Verehrung der Parteioberen und die Freundschaft mit der Sowjetunion werden bereits im Kindergarten vermittelt. Bildung und Erziehung werden in der DDR vom Sandkasten über die Schule bis hin zu Lehre und Studium vom Staat gelenkt und dementsprechend ideologisch beeinflusst. Unterrichtsfächer wie Staatsbürgerkunde, Wehrerziehung und Produktive Arbeit sollen die Schüler zu bewussten, wehrbereiten und arbeitsamen Mitbürgern erziehen. Neben den ideologisch ausgerichteten Lerninhalten bietet der Schulalltag eine allgegenwärtige Verquickung von Lernen und Politik. Die kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen sind fester Bestandteil des Schulalltags. Formale Regeln, Rituale oder Termine im Schulkalender werden eng an die Mitgliedschaft und das Engagement in den Organisationen geknüpft. Bei Prüfungen, feierlichen Zeugnisausgaben und Appellen gehört das Tragen von Pioniertuch und FDJ-Hemd selbstverständlich dazu. Über die Jahre wird das „Mitmachen" zur Normalität. Die morgendliche Begrüßung in den unteren Klassen mit dem Pioniergruß („Für Frieden und So-

„Fahnenappell" anlässlich der Einweihung der Polytechnischen Oberschule in Ostberlin; Schüler in Pionierkleidung beim Pioniergruß vor seiner Lehrerin, 1987

VORSCHAU

zialismus: Seid bereit!“ – „Immer bereit!“) wird genauso alltäglich wie die Tatsache, dass 1982 knapp 90 % aller Kinder der Pionierorganisation angehören. Die Mitgliedschaft dort ist formal freiwillig und die meisten entscheiden sich dafür, weil sie Benachteiligungen oder eine Außenseiterrolle befürchten. Denn bestimmte Aktivitäten sind nur den Pionieren vorbehalten. Die Pionierorganisation übernimmt auch die Freizeitgestaltung. Neben den regelmäßig stattfindenden Pioniernachmittagen in der Schule gibt es Ausflüge oder Angebote in den etwa 150 Pionierhäusern.

Jährlich verkündet die Organisation einen zentralen Pionierauftrag, der den Rahmen für die Veranstaltungen des kommenden Jahres vorgibt. Beispiele sind: „Unsere Liebe, unsere Tat, unsere Treue und unsere Kraft dem sozialistischen Vaterland!“, „Lernt, arbeitet und lebt im Geiste Lenins – vollbringt hohe Leistungen zu Ehren der Deutschen Demokratischen Republik!“, „Folgt dem Weg des roten Sterns!“

Innerhalb des Klassenverbandes regeln die Kinder als Funktionäre das Klassenleben. Funktionen wie Gruppenratsvorsitzender oder Agitator können ausschließlich von Pioniermitgliedern wahrgenommen werden. Diese Ämter dienen dazu, die Kinder in politisch-gesellschaftlicher Arbeit zu schulen.

Die Entscheidung über den weiterführenden Bildungsweg hängt nicht in erster Linie vom Schüler selbst, sondern von übergeordneten Stellen ab. Die Zulassung zum Abitur erfolgt über eine Delegierung durch die Schulleitung. Neben schulischen Bestleistungen wird ein überdurchschnittliches gesellschaftliches Engagement vorausgesetzt. Schüler, die sich den Pionieren oder der FDJ verweigern, die die Jugendweihe ablehnen oder nicht an den Wehrübungen teilnehmen, haben kaum Chancen, einen Abiturplatz zu erhalten. Der Anteil der Schüler, die zum Abitur zugelassen werden, ist generell sehr gering. Diese provozierte Konkurrenzsituation verstärkt den Anpassungsdruck um ein Vielfaches.

Jugendweihe in Biederitz, 1984

VORSCHAU

Die Jugendweihe gab es in der DDR seit 1954. Sie war die sozialistische Alternative zu Konfirmation und Kommunion und gleichzeitig eine Kampfansage an die Kirche. Das Gelöbnis war der Loyalitätsbeweis zum Staat, der das christliche Bekenntnis ersetzte. Die Jugendweihe wurde zur offiziellen, staatlich organisierten sozialistischen Feier und war weitverbreitet. Bereits fünf Jahre nach ihrer Einführung nahmen 80 % der Jugendlichen daran teil. Später nahm die Jugendweihe den Charakter einer opulenten Familienfeier an und ihre politische Sinngebung rückte in den Hintergrund. Ihr normierender Charakter blieb jedoch weiterhin erhalten und Jugendliche, die sich für eine Alternative entschieden, wurden ausgegrenzt und benachteiligt, diejenigen, die mitmachten, durch Geschenke und Feier belohnt. Die Jugendweihe war demnach ein notwendiges Übel für den beruflichen Einstieg, bot jedoch auch materielle Verlockungen.

AUFGABEN

1. Erkläre, warum und wie die Verwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg umgebaut wurde.
2. Stelle die an den Hochschulen herrschende Situation vor. Wozu diente die restriktive Zulassungspolitik an den Hochschulen?
3. Erläutere, wie die kommunistische Herrschaft die Bürger der DDR erzog.

8. Machtsicherung nach innen: Gleichschaltung und Überwachung

Machtmonopol der SED

Die SED sieht sich als „organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“ und ist von Anfang an bestrebt, das Machtmonopol uneingeschränkt an sich zu reißen. Zu keiner Zeit besitzt sie jedoch die Legitimation durch freie und demokratische Wahlen. Trotz ihrer zentralistischen Gliederung durchdringt die Partei sehr schnell alle gesellschaftlichen Bereiche von der Hauptstadt bis in den letzten Winkel: jedes SED-Mitglied gehört einer Grundorganisation am Arbeitsplatz an, die wiederum einer Parteileitung unterstellt ist. Die jeweiligen Parteileitungen entscheiden nicht nur über parteiinterne Dinge, sondern auch über Fragen der beruflichen Laufbahn, über Beförderung oder Verweis. Die SED hat dadurch weitreichenden Einfluss auf alle Lebensbereiche. Leitungs-

VORSCHAU

Die Seiten 41-48 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Ideologische und politische Voraussetzungen der kommunistischen Macht in der VR Polen

Ziele politischer Herrschaft und ihre Verwirklichung

1. Polen nach dem Zweiten Weltkrieg
   - Geopolitische Lage
   - Territoriale und demographische Veränderungen
2. Grundzüge des kommunistischen Systems in Polen
   - Ideologie und politische Praxis
   - Gesellschaftliches Leben
   - Verhältnis zur Kirche
   - Vorrangstellung der Ideologie in der Wirtschaft
   - Bildungs- und Hochschulwesen
   - Kultur
3. Die Säulen der kommunistischen Macht in Polen
   - Die kommunistische Partei und ihre Blockparteien
   - Jugendorganisationen
   - Gesellschaftliche Organisationen
   - Justiz
   - Propaganda und Zensur
4. Der bewaffnete Arm des Staates
   - Sowjetarmee in Polen
   - Polnische Armee
   - Bürgermiliz
   - Sicherheitsbehörde und Sicherheitsdienst

1. Polen nach dem Zweiten Weltkrieg

Geopolitische Lage

1945 geriet Polen zusammen mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern in den Einflussbereich der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Mit Gewalt zwang Moskau den sowjetisch besetzten Gebieten nicht nur ihm ergebene Regierungen auf, sondern auch seine Vorstellungen hinsichtlich des politischen Systems, der Volkswirtschaft und der Kultur. Nach den Parlamentswahlen im Januar 1947, nach einer Übergangszeit, in der der Schein eines Mehrparteiensystems und demokratischer Institutionen aufrechterhalten, zugleich aber mit der Untergrundbewegung abgerechnet und die politische Opposition schrittweise ausgeschaltet worden war, übernahm die kommunistische Polnische Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR) die alleinige Macht. Die Stationierung sowjetischer Truppen auf polnischem Boden sowie die Mitgliedschaft Polens im 1955 gegründeten Warschauer Pakt stellten sicher, dass Polen im Block der kommunistischen Länder verblieb. Dieser versuchte ebenfalls, ein Wirtschaftssystem nach den Vorgaben Moskaus aufzubauen, das eine Alternative zur kapitalistischen Welt darstellen sollte. Dem sollten die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Rahmen des ab 1949 bestehenden Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) dienen.

VORSCHAU

2013 © Marek Przybylak
VORSCHAU

Territoriale und demographische Veränderungen

Aussiedlung von Deutschen aus den Polen nach dem Zweiten Weltkrieg zugesprochenen Gebieten

Infolge der sowjetischen Expansionspolitik verlor Polen nach dem Zweiten Weltkrieg beinahe die Hälfte seines Vorkriegsterritoriums. Die Großen Drei – die Vereinigten Staaten, Großbritannien sowie die Sowjetunion – besiegelten diesen Status quo mit ihren auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 getroffenen Beschlüssen. Die Gebiete östlich des Flusses Bug mit den Städten Lwów/Lemberg und Wilno/Wilna wurden in die UdSSR eingegliedert. Stattdessen erhielt Polen im Westen Gebiete, die bis dahin zu Deutschland gehört hatten: Schlesien, Lebuser Land, Pommern wie auch im Norden einen Teil des damaligen Ostpreußens – Warmia/Ermland und Mazury/Masuren. Manche dieser Gebiete hatten bereits im Mittelalter zum Staat der Piasten gehört, doch dass sie Polen zuerkannt wurden, war nicht historischen Prämissen geschuldet, sondern dem Willen der Siegermächte. Damit sollte der Verlust der Ostgebiete an die UdSSR entschädigt werden. Das Staatsgebiet Polens innerhalb der neuen Grenzen erstreckte sich über 312 700 km² und war damit 20 % kleiner als vor dem Krieg.

Schätzungen zufolge kamen in den Jahren 1939–1945 zwischen 5,6 und 5,8 Millionen polnischer Staatsbürger ums Leben, wobei die Hälfte jüdischer Herkunft war. Durch gezieltes Vorgehen beider Besatzungsmächte – der deutschen sowie der sowjetischen – erlitten gerade die gebildeten Schichten der polnischen Gesellschaft deutliche Verluste, darunter die politische, intellektuelle und militärische Elite. Polen verlor während des Zweiten Weltkrieges über 30 % seiner Ärzte, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler, Hochschullehrer und Priester.

Die neue geopolitische Lage brachte eine Migration in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß mit sich: Beinahe ein Drittel der polnischen Bevölkerung wechselte nach Kriegsende gezwungenermaßen seinen

ALLIIERTER KONTROLLRAT: Militärorgan, das von August 1945 bis März 1948 auf dem Gebiet des besiegten Deutschlands regierte. Der Rat setzte sich aus den Oberbefehlshabern der alliierten Armeen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zusammen. Seinen Sitz hatte er in Berlin.

VORSCHAU

REPATRIIERUNG: Die Rückführung von Kriegs-, Zivilgefangenen oder Flüchtlingen in den Heimatstaat durch den Aufenthaltsstaat bzw. die Wiedereinbürgerung durch den Heimatstaat.

Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Bd. 18, Mannheim/Wien/Zürich 1990, S. 202.

Wohnort. Etwa eine halbe Million polnischer Staatsbürger blieb nach 1945 im Westen im politischen Exil. Nahezu sieben Millionen Deutsche verließen die Polen nach dem Krieg zugesprochenen Gebiete, in denen sie bis zu diesem Zeitpunkt gelebt hatten. Ein Teil von ihnen floh noch während des Krieges nach Deutschland, die übrigen wurden ab Februar 1946 auf Beschluss des Alliierten Kontrollrates westlich der Oder zwangsausgesiedelt. Nach 1950 gab es nicht mehr als 200 000 bis 300 000 Deutsche in den neu gewonnenen Gebieten. Hierhin wurden (im Rahmen einer sogenannten Repatriierung) fast fünf Millionen polnischer Staatsbürger aus den verlorenen Ostgebieten der Zweiten Republik umgesiedelt. Ungefähr eine Million Polen, die vor 1939 Staatsbürger des Dritten Reiches gewesen waren, blieb.

Ankunft von Polen, die aus den Ostgebieten in die neuen Gebiete im Westen Polens ausgesiedelt wurden

Vor der Abreise. Ausgesiedelte Bewohner der Ostgebiete verlassen ihre kleine Heimat, Głęboka in der Ukraine. Von links: Władysław Kotla, Anna Synówka, Władysław Synówka, Frühjahr 1946

VORSCHAU

Auch um die 2,7 Millionen polnischer Staatsbürger aus den übervölkerten Gebieten Zentralpolens und aus Großpolen ließen sich in den neuen Gebieten nieder. Zehntausende Heimkehrer aus allen Besatzungszonen Deutschlands – Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge sowie Soldaten der aufgelösten Polnischen Streitkräfte im Westen, aber auch solche, die die Verbannung in die UdSSR in den Jahren 1940/41 überlebt hatten, und schließlich etwa 150 000 Polen, die vor dem Krieg nach Frankreich, Belgien, Deutschland oder Rumänien und Jugoslawien emigriert waren – kamen hierhin.

Repatriierte aus dem Westen kehren nach Polen zurück, 1945

In Niederschlesien ließ sich die jüdische Bevölkerung Polens, die den Holocaust überlebt hatte, nieder, größtenteils wanderte sie jedoch bis 1948 in den entstehenden Staat Israel aus. Aus Bieszczady, Beskidy Wschodnie (Ostbeskiden) und dem südlichen Podlasie (Podlachien) nach Niederschlesien zwangsumgesiedelt wurden Ukrainer und Lemken (Łemkowie), die beschuldigt wurden, die Ukrainische Aufständische Armee unterstützt zu haben. Fast eine halbe Million Weißrussen und Ukrainer wurde wiederum in die nun sowjetischen Gebiete umgesiedelt. Während sich Polen vor dem Zweiten Weltkrieg zu einem Drittel aus ethnischen Minderheiten zusammengesetzt hatte, war es, nach den Verlusten im Krieg und den Aussiedlungen, Ende der 40er Jahre ein nahezu homogener Staat. Ab etwa 1948 betrug der Anteil der ethnischen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung lediglich wenige Prozent. Während des Krieges an der Zivilbevölkerung begangene Verbrechen, Deportationen in den Osten, Umsiedlungen sowie Abwanderungen hatten die Auflösung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und sozialer Bindungen zur Folge. Diese Faktoren erleichterten den Kommunisten die vollständige Übernahme der politischen Macht sowie den Aufbau einer neuen Gesellschaft.

VORSCHAU

AUFGABEN

1. Beschreibe die außenpolitische Lage, in der sich Polen nach 1945 befand.
2. Stelle dar, wie sich das polnische Staatsgebiet infolge des Zweiten Weltkrieges veränderte.
3. Erläutere die demografischen Veränderungen (Bevölkerungszahl und -struktur) in Polen nach 1945.

2. Grundzüge des kommunistischen Systems in Polen

Ideologie und politische Praxis

Der Polen nach dem Krieg aufgezwungene Kommunismus war ein radikales, links ausgerichtetes ideologisches und politisches System, das sich für die Vergesellschaftung, in der Praxis jedoch für die Verstaatlichung jeglichen Privateigentums aussprach. Damit sollte soziale Gerechtigkeit erreicht, d. h. die Trennung zwischen reicher Minderheit und armer Mehrheit überwunden werden. Nationale und religiöse Unterschiede sollten ebenfalls keine Rolle mehr spielen.

Besondere Bedeutung maßen die Kommunisten der Entwicklung der Industrie bei, die die Arbeiterklasse – die wichtigste und privilegierte Gruppe in der neuen Gesellschaft – in ihrer Zahl vergrößern sollte. In einer kommunistischen Diktatur sollte die Arbeiterklasse die bis dahin herrschenden Klassen verdrängen: die Bourgeoisie, Großgrundbesitzer oder auch reiche Bauern. Folglich griff die kommunistische Regierung auf Zwangsmaßnahmen in allen Bereichen zurück, schaffte die bürgerliche Gesellschaft ab, war unaufhörlich auf der Suche nach dem inneren und äußeren Feind sowie um die Ideologisierung aller Bereiche des Lebens bemüht, auch des privaten. Aus diesem Grund versuchten die Kommunisten auch, jeglichen Kontakt der Bevölkerung mit der Außenwelt zu unterbinden, insbesondere mit den freien Ländern Westeuropas und Nordamerikas.

SOZIALER AUFSTIEG: Erreichen einer höheren gesellschaftlichen Stellung, bezogen auf ein Individuum, eine Gruppe oder Schicht. Zum sozialen Aufstieg größerer Gruppen oder ganzer Klassen kommt es während großer historischer Veränderungen (z. B. einer Revolution). Er wird begünstigt durch Abschaffung von Analphabetismus, freie Bildung und Industrialisierung, die neue Arbeitsplätze schafft und Abwanderung in die Städte hervorruft.

Gesellschaftliches Leben

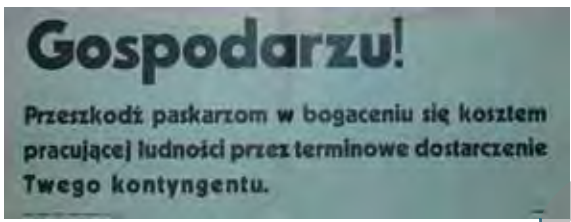
In der VR Polen vollzogen sich sichtbare Veränderungen in der Struktur und der Funktionsweise der Gesellschaft. Die Kommunisten hatten die Marginalisierung und sogar Abschaffung sozialer Klassen erreicht, die vor dem Krieg die Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gewesen waren. Die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg bekamen nun Angehörige zuvor sozial und wirtschaftlich benachteiligter Schichten, insbesondere diejenigen, die sich den neuen Machthabern anschlossen und deshalb eine Stellung z. B. in der Verwaltung oder im Sicherheitsapparat erhielten.

VORSCHAU

Die Seiten 55-61 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Staatlicher Getreideankauf, 1952



Ein Hetzflugblatt fordert die Bauern zur pünktlichen Abgabe auf: „Landwirt! Hindere Schieber durch eine termingerechte Ablieferung Deines Pflichtanteils daran, sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu bereichern."

Als so fröhlich stellt dieses Propagandaplakat die Ablieferung der Pflichtabgaben von Getreide dar. Józef Korolkiewicz, *Chleb Ojczyźnie* (Brot für das Vaterland), 1952

INDUSTRIALISIERUNG: wirtschaftliche Entwicklung, die auf einem wachsenden Anteil der Industrie und großindustrieller Technik an der Gesamtwirtschaft beruht.

politischen Grundlagen sollte die Wirtschaft zentral verwaltet werden. Der freie Markt bzw. das, was von ihm übrig war, sollte durch ein planwirtschaftliches System ersetzt werden, in dem die Entscheidung, was in welcher Menge hergestellt und auf welche Weise verteilt wird, bei der Regierung liegen würde. Mit Druck unterschiedlicher Art – nicht selten vonseiten der Miliz – wurden Privatläden, kleine Gewerbebetriebe, Handwerksbetriebe, gastronomische und kulturelle Dienstleistungen fast vollständig geschlossen bzw. eingestellt. Sie wurden teilweise durch staatliche oder genossenschaftliche Betriebe ersetzt.

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Trotz Kontrollen und Durchsuchungen fehlte es in den Läden schnell an Waren, wodurch sich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln blitzartig verschlechterte. In den Jahren 1950/51 wurden die meisten privaten Geschäfte durch vergesellschaftete ersetzt.

1949 wurde in Übereinstimmung mit den ideologischen Vorgaben des Sechsjahresplans mit dem Ausbau der Schwerindustrie begonnen. Erst in einer zweiten Etappe sollten die übrigen Wirtschaftsbereiche ausgebaut werden. In den Jahren 1950–1953 entfielen ungefähr 45 % der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben auf Investitionen in der Industrie, davon 86 % auf die Schwer- und insbesondere die Rüstungsindustrie.

Tempo, Ausmaß und Art der Industrialisierung sowie die Agrarpolitik der Jahre 1950–1953 brachten die labile Wirtschaft der Nachkriegsjahre aus dem Gleichgewicht. Ein Anstieg der Preise bei gleichbleibendem Lohnniveau wie auch die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mussten zur Zunahme des gesellschaftlichen Unmuts führen, der sich im Juni 1956 im Arbeiteraufstand von Poznań entlud (s. Kap. 5).

VORSCHAU

Die Bauern setzten sich erfolgreich gegen die Kollektivierung zur Wehr, und bis 1956 gingen lediglich etwa 10 % des Ackerlandes auf landwirtschaftliche Genossenschaften über. Da sie jedoch sehr hohe Steuern zahlen bzw. Pflichtabgaben leisten mussten, waren sie gezwungen, die nicht rentable Produktion zu begrenzen, in jedem Fall aber die Lieferungen an die staatlichen Ankaufstellen. Versorgungsengpässe gehörten von da an in Polen zum Alltag. Bis zum Ende der VR Polen gelang es der kommunistischen Regierung nicht, etwas daran zu ändern.

Die veränderte politische Situation in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins bewirkte im gesamten kommunistischen Block eine relative gesellschaftliche und politische Liberalisierung. Auch wurden Korrekturen in der Wirtschaftspolitik vorgenommen. Der Lebensstandard der Bevölkerung sollte durch Lohnerhöhungen und eine bessere Versorgung mit Konsumgütern sowie durch Investitionen in der Leichtindustrie steigen. Von einer Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wurde Abstand genommen, was zu einem gewissen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion beitrug. In einem bestimmten Rahmen waren nun auch privater Kleinhandel und Dienstleistungen möglich. Unverändert blieben hingegen die politischen ebenso wie die wirtschaftlichen Grundlagen des Systems, d. h. das staatliche bzw. vergesellschaftete Eigentum an „Produktionsmitteln" sowie die zentral verwaltete Wirtschaft.

Mit der Übernahme der Regierung durch Edward Gierek wurde ab 1971 der Aufbau eines „zweiten Polens" verkündet, der auf einem ausgeglichenen Wachstum aller Wirtschaftsbereiche landesweit beruhen sollte. Die Industrialisierung sollte, bei gleichzeitiger Verbesserung des Lebensstandards der Gesellschaft, beschleunigt werden. Veränderungen in der Landwirtschaft wurden durchgeführt, indem die Bauern 1972 von der Verpflichtung, ihre Erträge zu staatlich festgesetzten Preisen abzuliefern, entbunden wurden. Die Entspannung im Ost-West-Konflikt nutzend, wurden, mit Zustimmung Moskaus, Maßnahmen zur Modernisierung der Wirtschaft ergriffen, die sich in entscheidendem Maße auf ausländisches Kapital und aus den kapitalistischen Ländern importierte Technologien stützten. Die wichtigsten Wirtschaftspartner Polens blieben die RGW-Länder, aber auch der Handel mit westlichen Ländern nahm bedeutend zu. Mit der wachsenden Industrieproduktion sollten ein Anstieg der Reallöhne, die Förderung des Wohnungsbaus sowie die Stillung verschiedener materieller Bedürfnisse der Bevölkerung einhergehen.

Der in Lizenz produzierte Fiat 126p, umgangssprachlich *maluch* (Knirps) genannt, war in den 70er Jahren bei der polnischen Durchschnittsfamilie sehr begehrt

VORSCHAU

Einkauf bei *Pewex*

Zu Beginn der VR Polen war der Besitz von Devisen verboten. Verstöße wurden strafrechtlich geahndet: mit dem Verlust des Vermögens, mit Gefängnisstrafen oder sogar dem Tode. Nach den politischen Veränderungen im Jahr 1956 verbesserte sich die Situation. 1960 wurden „Warenbons" der Bank *Polska Kasa Opieki SA* eingeführt, die die westliche Währung ersetzen sollten und für die in gesonderten Geschäften (*Pewex*) viele Mangelwaren gekauft werden konnten.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ließ der Investitionsboom nach und kam gegen Ende des Jahrzehnts völlig zum Stillstand, da die mit ausländischen Krediten finanzierten Investitionen nicht die erhofften Gewinne brachten und das Land nur in die Verschuldung trieben. Sinkende Exportzahlen sowie steigende Raten für das zurückzuzahlende Kapital und die Zinsen führten zwangsläufig zu einem eingeschränkten Import von Rohstoffen, Materialien, Maschinen und Ersatzteilen für Fabriken, die auf der Grundlage westlicher Technologien arbeiteten. Die sinkenden Reallöhne und die immer größeren Versorgungsmängel, insbesondere bei Importwaren, zeugten von einer zunehmenden Wirtschaftskrise.

Schlangestehen vor den Geschäften – Alltag in der VR Polen

All diese Probleme verschärften sich angesichts der Wirtschaftssanktionen, mit denen der Westen auf die Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 reagierte. Der Mangel an Lebensmitteln und Industriewaren zwang die Regierung nun, das System mit Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen, das im Grunde alle wichtigen Konsumgüter betraf, beizubehalten und sogar auszuweiten. Statt zu einer Verbesserung der Situation führte dies zur Entstehung des Schwarzmarktes, auf dem die Waren Preise erreichten, die vielfach höher waren als die vom Staat festgelegten. Dadurch stieg die Inflation stetig an und hatte zur Folge, dass das Realeinkommen der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fiel. Die VR Polen wurde zahlungsunfähig.

Um dem entgegenzuwirken, versuchte die Regierung, deutlich erhöhte Warenpreise durchzusetzen, was jedoch nur zur Zuspitzung der gesellschaftlichen und politischen Situation im Land führte. Der sozia-

VORSCHAU

le Frieden sollte deshalb mit höheren Löhnen als Ausgleich für die Preissteigerungen sowie ebenso mit erweiterten Sozialleistungen für manche Berufsgruppen erreicht werden. Dadurch kam es insgesamt zu einem weiteren, unkontrollierten Anstieg der Inflation. Die Reformen der 80er Jahre beschränkten sich in der Praxis auf relativ kleine und schlecht umgesetzte Veränderungen des Systems. Im Dezember 1988 wurden einige wichtige Gesetze zur Selbstständigkeit verabschiedet, die die freie Gründung und Leitung privater Unternehmen erlaubten, darunter auch solcher mit einem Anteil an Auslandskapital. Die daraufhin gegründeten Firmen machten zwar nur einen geringen Teil des Systems aus, das von ineffektiv verwalteten Staatsunternehmen bestimmt wurde, doch in gewissem Maße waren sie der Anfang zur Rückkehr der Marktwirtschaft.

Leere Regale.
Ein Lebensmittelgeschäft in Warschau, 1981

Bildungs- und Hochschulwesen

Die größte Leistung der Regierung in den ersten Nachkriegsjahren bestand in der Wiederaufnahme des normalen Lehrbetriebs auf allen Bildungsstufen, der Aufholung des während der Besatzungszeit versäumten Lernstoffes und der dadurch entstandenen Defizite wie auch in der Bekämpfung des Analphabetismus bei Erwachsenen. Der Wiederaufbau des allgemeinen Schulwesens in Polen erfolgte zunächst nach dem Muster und mit den Lehrkräften aus der Zeit vor 1939. Doch da die Regierung im Bildungswesen einen wichtigen Faktor bei der Umgestaltung der Gesellschaft sah, begann sie mit einer Veränderung des Schulsystems, so dass es in kurzer Zeit verstaatlicht und zentralisiert und der Unterricht an den marxistisch-leninistischen Grundlagen ausgerichtet sowie an die Bedürfnisse des sich schnell industrialisierenden Landes angepasst wurde. „Ungehorsame“ Lehrer wurden entlassen und durch solche ersetzt, die die Richtlinien der Regierung ohne Zögern umsetzten. Die Lehrinhalte sollten eine „wissenschaftliche“ Weltanschauung vermitteln, die auf einem dialektischen und historischen Materialismus beruhte. Zudem wurde Russisch als Pflichtfach eingeführt, mussten die Schüler an zahlreichen Propagandaveranstaltungen teilnehmen. Nach 1956 war die Indoktrinierung im Schulwesen weniger stark ausgeprägt, aber die Ideologie bestimmte weiterhin die Lehrinhalte. Das Schulwesen beherrschten zahlreiche Berufsschulen, die auf einen bestimmten Beruf vorbereiten und damit eine großindustrielle Arbeiterklasse schaffen und aufrechterhalten sollten. An technischen Fachschulen, die zum Teil Abendschulen

IDEOLOGIE: an einen Einzelnen oder eine Gruppe gebundenes System von Ansichten, Ideen, politischen, soziologischen, juristischen, ethischen, religiösen oder philosophischen Begriffen, das bedingt wird durch Zeit, Ort und soziale Verhältnisse; Weltanschauung.

VORSCHAU

waren, konnte die Berufsausbildung fortgesetzt werden. Die Schulreform im Jahr 1961 führte eine achtjährige Schulpflicht bis zum 17. Lebensjahr ein. Dieses System blieb bis zum Ende der VR Polen in unveränderter Form bestehen.

Ebenfalls von Veränderungen betroffen war das Hochschulwesen. Bis 1946 nahmen alle Hochschulen, die bereits vor dem Krieg bestanden hatten, den Lehrbetrieb wieder auf. Neue Hochschulen entstanden in Łódź, Toruń, Lublin wie auch in den West- und Nordgebieten. Mit Blick auf die sich erholende Wirtschaft und die sich entwickelnde Industrie wurden vor allem technische Hochschulen gegründet, an denen Werktätige ein Abend- oder Fernstudium absolvieren konnten. Die Veränderungen betrafen auch die Arbeitsweise der Hochschulen: Sie wurden nun von oben gelenkt bzw. kontrolliert und verloren damit jegliche Selbstverwaltung. Sowohl über ihre Strukturen als auch ihre Lehrpläne als auch ihre Forschungsaufträge entschieden die Zentralbehörden.

Mitglieder des ZMP an der Universität Wrocław/ Breslau beim Umzug zum Ersten Mai, Anfang der 50er Jahre

Ab Herbst 1949 wurden Studienfächer aus dem Bereich des Marxismus-Leninismus in den Lehrplan der Hochschulen aufgenommen, später auch Russisch sowie Wehrunterricht. Die führende Rolle bei der Indoktrinierung der Studenten sollten in den folgenden Jahrzehnten das Studium der Sozial- und Politikwissenschaften sowie die Jugendorganisationen Akademischer Bund der Polnischen Jugend und ab 1950 Verband der Polnischen Jugend (*Związek Młodzieży Polskiej*, ZMP) übernehmen. Der seit der Vorkriegszeit bestehende studentische Verein Brüderliche Hilfe (*Bratnia Pomoc*) wurde aufgelöst, seine soziale Funktion erfüllte von da an der Verband der Polnischen Studenten (*Zrzeszenie Studentów Polskich*, ZSP). Über die richtige politisch-ideologische Gesinnung des Lehrpersonals wachten an den Hochschulen Zellen der PZPR, die großen Einfluss auf den Hochschulbetrieb hatten. Unter ihrem Druck wurden beispielsweise Hochschullehrer entlassen, die sich durch unabhängige Ansichten auszeichneten, und durch regierungstreue ersetzt.

„Produktionsberatungen", wie sie für Industriebetriebe typisch waren, wurden ab 1950 auch in anderen Bereichen, u. a. an Hochschulen, eingeführt. Sie sollten die Effektivität der Lehre, Forschung bzw. künstlerischen Tätigkeit an den Hochschulen erhöhen, in Wirklichkeit dienten sie aber dazu, Studenten bzw. Hochschullehrer den Parteizellen unterzuordnen. Die Aktivisten des ZMP bzw. ZSP übernahmen bei Versammlungen nicht nur die Rolle der Moderatoren, sondern geradezu von Anklägern und griffen das Lehrpersonal und die Kommilitonen rücksichtslos an.

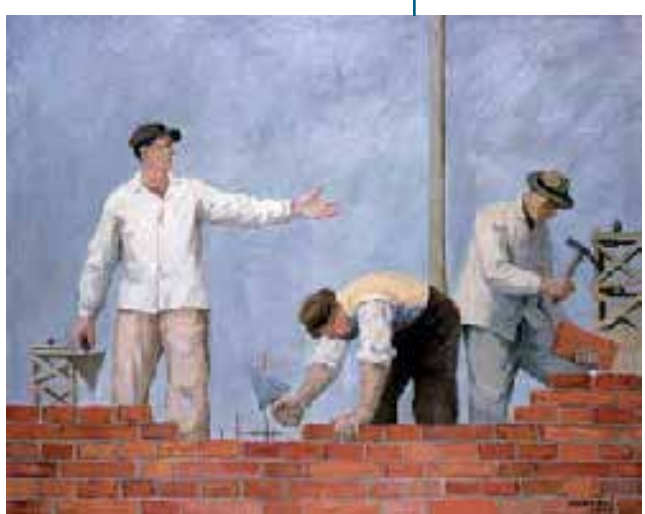
VORSCHAU

Im neuen System spielte die soziale Herkunft der Studenten ein große Rolle. Vom Bildungsministerium festgelegte Annahmebeschränkungen sollten eine entsprechende Zahl von Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien sicherstellen, wodurch sich die Regierung eine größere Zustimmung für die neue Ordnung erhoffte. Deshalb wurden in der ersten Hälfte der 50er Jahre Listen mit Personen erstellt, die aufgrund ihrer sogenannten falschen Herkunft nicht zum Studium zugelassen wurden. Bald stellte sich jedoch heraus, dass diese Politik, die bestimmte Klassen bevorzugte, auch unerwartete Folgen hatte. Denn Jugendliche aus Arbeiter- und Bauernfamilien waren nur unzureichend auf das Studium vorbereitet und trugen so zu einem deutlich gesenkten Studienniveau bei. Ab 1954 verzichtete die Regierung somit darauf, über die Zulassung zum Studium nach der sozialen Herkunft der Bewerber zu unterscheiden, obgleich sie bis zum Ende der VR Polen ähnliche Versuche – wie etwa die ab 1968 bei der Immatrikulation übliche Vergabe von Punkten für die soziale Herkunft – unternahm.

Dies war nicht das einzige Problem im Hochschulwesen zur Zeit der VR Polen, dessen schnelle Entwicklung ohne entsprechende finanzielle und materielle Absicherung stattfand. Dass die Wissenschaft von den führenden Forschungszentren der Welt abgeschnitten war und die Auswahl der Wissenschaftler nach ideologischen Kriterien erfolgte, hatte Einfluss auf das Niveau von Forschung und Bildung.

Kultur

Die Errichtung des kommunistischen Systems in Polen ging auch mit Veränderungen in der Kultur einher. Hier, ebenso wie in anderen Lebensbereichen, begann 1949 die „ideologische Offensive". Mit ihr veränderte sich das Bild der Kunst in Polen. Der nach sowjetischem Vorbild aufgezwungene sogenannte „sozialistische Realismus" (kurz Sozrealismus) sollte alle Bereiche der Kunst und Literatur bzw. alle Künstlerkreise umfassen. Bezüge zu Traditionen und westlichen Trends in der Kunst wurden scharf verurteilt. Ein echtes Kunstwerk sollte von da an sozialistisch im Inhalt und national in der Form sein. Nicht die Qualität, sondern der Inhalt war ausschlaggebend. Unter dem



Aleksander Kobzdej, *Podaj cegłę* (Reich mir den Ziegel), 1950, Ölgemälde, Nationalmuseum Wrocław/Breslau.
Die zentrale Gestalt in der sozrealistischen Kunst war der einfache Mensch – der Fabrikarbeiter oder der Traktorfahrer auf dem Land, der im Schweiße seines Angesichts und trotz aller Widrigkeiten den kommunistischen Staat mit aufbaute

VORSCHAU

Die Seiten 68-89 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Ländern verortet wurde, sondern auch gegen kritische Geister und Andersdenkende im eigenen Land und den anderen Ostblockstaaten. Eine der wichtigsten Formen dieses Kampfes war die Propaganda, die mit verzerrter Berichterstattung (Unterschlagung von Informationen, Falschmeldungen, Verleumdungen) gerade in Konfliktsituationen Hass und Angst schürte und die Gesellschaft zu oft aggressiver Parteinahme bewegen sollte. Medienkontrolle und Zensur waren weitere Möglichkeiten zur Durchsetzung der Ideologie. Zu den Tabubereichen, die unter die Zensur fielen, gehörten die in den sozialistischen Ländern, dabei vor allem in und von der Sowjetunion begangenen Verbrechen (etwa die Moskauer Prozesse in den Jahren 1936–38 oder die Massenvergewaltigungen am Ende des Zweiten Weltkrieges) sowie Streiks, Proteste und Aufstände in den Staaten des Ostblocks. Aus Angst davor, dass das Bild des sowjetischen Antifaschismus kritisch hinterfragt werden könnte, wurde im November 1988 sogar die sowjetische Zeitschrift *Sputnik* (eine Art *Reader's Digest* der sowjetischen Presse) verboten, weil sie über das Geheimabkommen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 berichtete. Die ideologische Legitimierung der SED-Macht verlor mit Beginn der 1980er Jahre zunehmend an Überzeugungskraft und machte der Konsumorientierung Platz. Darüber hinaus wurde an bestimmte Abschnitte und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte erinnert, mit deren Hilfe die Regierenden ihre Herrschaft zu legitimieren versuchten. So gelangte Preußen in den 1980er Jahren wieder zu Ansehen.

BAUSOLDAT – wer den Wehrdienst mit der Waffe „aus religiösen oder sonstigen Gründen" verweigerte, wurde in die im September 1964 eigens hierfür geschaffenen Spezialeinheiten der Nationalen Volksarmee, die sog. Baueinheiten, eingezogen. Die Bausoldaten wurden bewusst beim Aufbau militärischer Anlagen – Militärflughäfen, Befestigungsanlagen, Schießplätze – eingesetzt, was bei vielen zu Gewissenskonflikten führte. Wer die Arbeit an den Militäranlagen verweigerte, wurde drakonisch bestraft. Ihr Erkennungszeichen war eine Schaufel auf den Schulterklappen der Uniform.

Militarisierung der Gesellschaft

Die Herrschaft der SED wurde durch eine offene Militarisierung von Staat und Gesellschaft gestützt. 1962 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Totalverweigerer, die auch den Dienst als Bausoldat ablehnten, wurden mit Repressionen und (bis 1985 regelmäßig, danach in Einzelfällen) 18 bis 22 Monaten Gefängnis bestraft, sie verloren zudem jegliche Berufs- und höheren Bildungschancen. In Betrieben und Institutionen existierten ab 1952 sogenannte Kampfgruppen (1980 mit über 200 000 Mitgliedern), eine paramilitärische Organisation, deren Ziel die Bekämpfung feindlicher Aktionen innerhalb der DDR war.

Vormilitärische Ausbildung und Übungen nahmen im gesellschaftlichen Leben, aber vor allem bei der Sozialisation junger Menschen einen zentralen Platz ein und dienten der ideologischen Beeinflussung ebenso wie der Disziplinierung der Bevölkerung, ihrer Einübung in autoritäre Strukturen. 1952 wurde die GST (Gesellschaft für Sport und Technik) gegründet, die Jugendliche im Wehr-

VORSCHAU

sport ausbildete und ab 1962 auf den Armeedienst vorbereitete. Es entstanden Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung, die zunächst auf Bezirks- und Kreisebene, später auch in Schulen und Betrieben tätig waren. Die Teilnahme an Pioniermanövern und Geländespielen, an Kursen und mehrwöchigen Wehrlagern war während des Schulbesuchs, der Lehre und des Studiums obligatorisch. Schüler der oberen Klassen waren einem oft geradezu erpresserischen Druck ausgesetzt (so konnte der Erhalt eines Studienplatzes davon abhängig gemacht werden), sich freiwillig für drei oder mehr Jahre Armeedienst zu verpflichten. 1978 wurde Wehrkundeunterricht als Pflichtfach für die 9. und 10. Klasse, im März 1982 ein Gesetz eingeführt, nach dem auch Frauen eingezogen werden konnten. Kinder wurden im Kindergarten mit Kriegsspielzeug und das Militär preisenden Liedern beeinflusst. Noch auf dem Pädagogischen Kongress im Juni 1989, keine zwei Wochen nach dem Tian'anmen-Massaker in Peking, erklärte die Volksbildungsministerin Margot Honecker, dass „unsere Jugend" bereit sei, den Sozialismus gegen seine Feinde „mit der Waffe in der Hand" zu verteidigen.

Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz, Berlin 1987

Schaufenster des Centrum Warenhauses mit einem Plakat der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) am Alexanderplatz, Berlin 1982

Terror

Der Terror begleitete die Entstehung der politischen Ordnung von Beginn an. Wer sich nicht einmal äußerlich an sie anpasste oder sich gar offen dem Herrschaftsanspruch der SED entzog, musste mit Maßnahmen sozialer Disziplinierung, mit Repressionen und Ausgrenzungen (Relegierung von der Schule, Zwangsexmatrikulation, Verlust des Arbeitsplatzes, Berufsverbot) rechnen, konnte

VORSCHAU

Die Seiten 92-101 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Matthias Koeppel *Die Selbstverbrennung des Oskar Brüsewitz*, 1977, Ölgemälde, Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie

Oskar Brüsewitz am 28. Februar 1976

CHECKPOINT CHARLIE – in den Jahren 1961 bis 1990 einer der bekanntesten Grenzübergänge an der Berliner Mauer, der eine Verbindung zwischen dem sowjetischen (an der Friedrichstraße) und dem amerikanischen Sektor (im Westberliner Stadtteil Kreuzberg) herstellte. Dieser Grenzübergang und Kontrollpunkt diente dem alliierten Militärpersonal und den Mitarbeitern der alliierten Botschaften, Ausländern, den Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR und hohen DDR-Funktionären. Seit 1963 befindet sich in unmittelbarer Nähe, auf westlicher Seite, das Mauermuseum.

VORSCHAU

Das freie Wort: Protest und Solidarisierung

Der erste Schritt, der aus der Anpassung und Unterwerfung des Einzelnen hinausführte, aber auch zur Neukonstituierung der Gesellschaft als politisches Subjekt beitrug, bestand im Protest gegen aktuelle politische Maßnahmen und in der Solidarisierung mit zu Unrecht Verfolgten. In der Öffentlichkeit, d. h. in der Schule oder auf

Die Seiten 103-107 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Ludwig Mehlhorn während des Ost-Westeuropäischen Gedenkstättenseminars, Kreisau (*Krzyżowa*), am 25. März 2010

Ludwig Mehlhorn (1950–2011) – deutscher Oppositioneller, Bürgerrechtler, Mathematiker. Bis 1985 arbeitete er als Programmierer und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Ökonomie in Ostberlin. Wegen seines oppositionellen Engagements erhielt er Berufsverbot. Bis 1989 kümmerte er sich in der evangelischen Stephanus-Stiftung um geistig behinderte Kinder. Ab Ende der 60er Jahre reiste er im Rahmen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nach Polen. Er begann, intensiv Polnisch zu lernen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahm er Kontakt zur demokratischen Opposition in Polen (u. a. zum Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) und zum Netzwerk der Klubs der Katholischen Intelligenz auf. Durch die Übersetzung von Texten polnischer Oppositioneller ins Deutsche trug er zur Verbreitung ihrer Ideen in der DDR bei. Er war ein glühender Verfechter der deutsch-polnischen Aussöhnung. Während der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 war er Mitbegründer der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Nach der deutschen Wiedervereinigung zog er sich aus der Politik zurück. Er zählte zu den Gründern der Stiftung Kreisau. Bis zuletzt unterstützte er aktiv demokratische Freiheitsbewegungen auf der ganzen Welt. 2010 wurde bei ihm eine Krebserkrankung festgestellt, der er ein Jahr später erlag. Im Juni 2011 verlieh der polnische Staatspräsident Ludwig Mehlhorn in Anerkennung seiner großen Verdienste um die deutsch-polnische Zusammenarbeit posthum das Kommandeurkreuz des Verdienstordens der Republik Polen.

Einzelne Schriftsteller, Künstler und Oppositionelle (Frank-Wolf Matthies, Ekkehard Maaß, Gerd und Ulrike Poppe, Ludwig Mehlhorn) organisierten in den 1980er Jahren Lesungen in ihren Wohnungen, an denen oft über 100 Zuhörer teilnahmen.

Die Kirche öffnete in den 1970er Jahren Künstlern und Schriftstellern, die mit einem Auftritts- und Publikationsverbot belegt waren, ihre Tore und schuf in der Offenen Arbeit, d. h. in der Sozialarbeit mit Jugendlichen aus subkulturellen Milieus (z. B. Hippies, Kunden oder später Punks), auch Nichtchristen einen Freiraum für Meinungsaustausch. Ein Zentrum dieser Offenen Jugendarbeit war die Weinbergskirche in Dresden, die unter den Pfarrern Frieder Burkhardt und Christoph Wonneberger einige Hundert Jugendliche anzog.

Zu den schwer zu kontrollierenden Kommunikationsräumen gehörte ebenfalls die Musikszene. Anhänger der in der DDR verbotenen oder nur eingeschränkt zugelassenen westlichen Musik schufen auf Konzerten eine alternative Öffentlichkeit, in der politische Forderungen formuliert werden konnten, so bei Rockkonzerten in Altenburg (1974) und Plauen (1976). Untergrundgruppen oder „die anderen Bands“, wie sie sich auch nannten, die Punk, New Wave, Jazz und Rock spielten und sich dem Kulturbetrieb nicht einordneten, verliehen dem nonkonformistischen Lebensgefühl vieler Jugendlicher Ausdruck.

VORSCHAU

Alternativen

Bei den ab den 1960er Jahren entstehenden kulturellen Initiativen und Szenen sowie den verschiedenen Subkulturen ist oft schwer zu unterscheiden, inwieweit sie die Verweigerung kultivierten, Nischen besetzten, kreative, auch anarchistische Alternativen selbstbestimmten Lebens darstellten oder sogar die Grenze zum (kultur)politischen Widerstand überschritten. Letzteres betrifft sicherlich die Schaffung von kritischen Gesprächsforen und Veranstaltungsreihen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre innerhalb der bestehenden Strukturen kultureller Jugendarbeit, die bald verboten wurden (u. a. die Reihe „Eintopp", organisiert von Bettina Wegner und Klaus Schlesinger). In den verfallenden Vierteln einiger Großstädte, so in Berlin (Prenzlauer Berg), Dresden (Loschwitz, Neustadt), Leipzig (Connewitz) und Halle (Giebichenstein), wuchsen alternative Künstlermilieus, in denen nicht nur unabhängige Zeitschriften und Bücher gedruckt wurden und private Künstlergalerien tätig waren, sondern sich auch ein alternativer Lebensstil entfaltete, in welchem die individuelle Unabhängigkeit der materiellen Sicherheit vorgezogen wurde.

Grundsätzlich stand jede spontane kulturelle oder gesellschaftliche Initiative im Widerspruch zum verordneten Leben in der DDR. Selbst Straßenmusik konnte, da sie genehmigt werden musste und nicht gern gesehen war, zum Politikum werden, wie das Verbot des Straßenmusikfestivals in Leipzig am 10. Juni 1989 zeigt, das mit brutalen Verhaftungen beendet wurde. Auch das erste und lange Zeit einzige freie Theater in der DDR, „Zinnober", das Puppen- und Schauspieler 1979/80 gründeten, erhielt immer wieder Auftrittsverbot.

Angesichts dessen, dass die DDR den Antifaschismus für ihre Selbstlegitimierung instrumentalisierte und dadurch auch vereinnahmte, hatte die kirchliche Initiative *Aktion Sühnezeichen* (ASZ), die eine Wiedergutmachung und Auseinandersetzung mit den deutschen

Route der ersten Freiwilligen-Fahrt der ASZ (Ost) nach Polen. Die Teilnehmer, die ihr Visum jeweils auf persönliche Einladung beantragt hatten, fuhren einzeln und mit einigen Minuten Abstand mit dem Fahrrad über die Grenze und trafen sich dann auf polnischer Seite zur gemeinsamen Weiterfahrt

VORSCHAU

Verbrechen „von unten“, aus der Gesellschaft heraus, anstrebte und dabei sowohl die angebotene Kriegsschuldentlastung wie auch die staatliche Propaganda, dass allein die Bundesrepublik Erbin dieser Schuld sei, infrage stellte, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Mit den Pilgerfahrten der *Aktion Sühnezeichen* nach Polen wurde darüber hinaus der Grundstein für eine deutsch-polnische Verständigung jenseits der staatlichen Beziehungen gelegt.

Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. wurde 1958 auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands auf Initiative Lothar Kreyssigs ins Leben gerufen. Als ihre Aufgabe sieht sie die Versöhnung mit den von Deutschland überfallenen Völkern an, u. a. durch Freiwilligeneinsätze in den betreffenden Ländern. Ursprünglich als gesamtdeutsche Organisation gegründet, entwickelten sich in den beiden deutschen Staaten zwei Organisationen, wobei die Aktion Sühnezeichen (Ost) durch die Teilnahme von Katholiken einen stärker ökumenischen Charakter erhielt. Anfänglich war ihre Arbeit nur auf das Gebiet der DDR und den innerkirchlichen Raum begrenzt. 1965 und 1966 gelang es Freiwilligengruppen, nach Polen zu reisen und in den KZ-Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek und Stutthof zu arbeiten, danach verboten die DDR-Behörden weitere Pilgerfahrten. Von 1972 (Einführung des visafreien Grenzverkehrs) bis 1980 (Schließung der Grenze zu Polen) konnte die Aktion Sühnezeichen in Polen und der Tschechoslowakei arbeiten und auch Jugendliche von dort zu Sommerlagern in die DDR einladen. Ab 1979 fanden Sommerlager außerhalb der Kirche statt, zuerst in Buchenwald, ab 1981 auch in Sachsenhausen, Ravensbrück und Nordhausen-Dora. Sühnezeichen-Gruppen beteiligten sich ebenfalls an der Erhaltung und Wiederherstellung von jüdischen Friedhöfen in der DDR. Von 1962 bis 1992 nahmen über 12 000 Freiwillige an den Sommerlagern der Aktion Sühnezeichen teil. Sie hatten, wie Ludwig Mehlhorn es einschätzte, „riesige Bedeutung für die Meinungsbildung vieler Hundert, vielleicht sogar einiger Tausend junger Menschen in der DDR“ und waren jungen DDR-Bürgern eine „Schule für politische und soziale Verantwortung“. Nicht zufällig gehörten viele von ihnen im Herbst 1989 oppositionellen und Bürgerrechtsgruppen an.

Günter Särchen (1927–2005)

Günter Särchen (1927–2005) wurde in Wittichenau in der Oberlausitz geboren. Die Eltern erzogen ihn im katholischen Glauben. Im Gymnasium, das er ab 1939 besuchte, erfuhr er Geringschätzung aufgrund seiner katholischen und sorbischen Zugehörigkeit. Nach der Handelslehre wurde er 1944 eingezogen und in der Schlacht um Bautzen verletzt. Danach geriet in amerikanische Gefangenschaft. 1948 erhielt er aufgrund seiner Kriegsverletzungen den Invalidenstatus. Er trat zunächst der FDJ, der CDU, dem FDGB und der Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft (der ersten deutsch-polnischen Gesellschaft) bei, verließ aber desillusioniert bald wieder all diese Organisationen. 1952 schloss er in Westberlin ein Studium der Gesellschaftspädagogik ab. Zur gleichen Zeit arbeitete er als Diözesanjugendhelfer für den katholischen Jurisdiktionsbezirk des Erzbischöflichen Amtes Görlitz. In Görlitz war er auch Zeuge der Unterzeichnung des Grenzvertrages zwischen der DDR und Polen, wobei ihm auffiel, wie sehr sich die Reaktionen der DDR-Bevölkerung von der offiziellen Propaganda unterschieden. Als ihm aufgrund seiner Beteiligung am Aufstand des 17. Juni 1953 die Verhaftung drohte, ging er nach Magdeburg. Von 1958

VORSCHAU

Die Seiten 111-126 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

5. Die Jahre des Stalinismus in Polen

Im Jahr 1948 endete die Periode, in der die Kommunisten nach und nach die Macht übernahmen. Die für Unabhängigkeit kämpfenden Untergrundorganisationen und die legale Opposition waren zerschlagen. Die im Dezember 1948 gegründete Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) berief sich nach sowjetischem Vorbild nun direkt auf den Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage. In der Gründungserklärung der Partei wurden die Zusammenarbeit und die Unauflöslichkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion betont. Es folgte die Regierungszeit der Monopartei, die alle Bereiche der Wirtschaft

Am 7. März 1953, zwei Tage nach Stalins Tod, beschlossen die Partei- und Verwaltungsbehörden der Woiwodschaft Katowice auf einer gemeinsamen Sitzung, sich „im Namen der schlesischen Arbeitermassen" an das Zentralkomitee der PZPR und die Regierung zu richten und einen Antrag auf Namensänderung der Stadt Katowice in Stalinogród bzw. der Woiwodschaft Katowice in Woiwodschaft Stalinogród zu stellen. Historikern zufolge fiel die Entscheidung über die Änderung aller Wahrscheinlichkeit nach in Warschau. Noch am selben Tag fassten der Staats- und der Ministerrat einen entsprechenden Beschluss. Der Sejm, der einer solchen Änderung zustimmen musste, verabschiedete am 28. April 1953 einstimmig das diesbezügliche Gesetz, das der Abgeordnete Gustaw Morcinek, ein bekannter schlesischer Schriftsteller, eingebracht hatte.

Das Buch „Ich saß für Katowice" beschreibt die Erlebnisse einer Schülerin, die nicht wollte, dass ihre Stadt Katowice in Stalinogród umbenannt wird

Gegen die Namensänderung protestierten drei Schülerinnen eines Gymnasiums in Chorzów: Natalia Piekarska, Barbara Galas und Zofia Klimonda. Mithilfe eines Kinder-Druckkastens und einer geliehenen Schreibmaschine sowie zugeschnittener Papierblätter fertigten sie Flugblätter und Plakate, auf denen sie gegen die Namensänderung der Stadt protestierten. Diese verteilten sie wiederholt in Chorzów und den Nachbarstädten. An Häuserwände schrieben sie „Weg mit Stalinogród!", „Der Kommunismus ist eine Seuche", „Tod dem Kommunismus".

Nach einigen Wochen wurden sie vom UB gefasst und während der Verhöre geschlagen und gedemütigt. Die Sicherheitsbeamten wollten erfahren, in wessen Auftrag die Mädchen gehandelt hätten. Wegen der „Herstellung und Verteilung von Flugblättern mit dem Aufruf zum Verbrechen und wegen falscher Inhalte, die den Interessen des Polnischen Staates schaden können" wurde Barbara Galas zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, Natalia Piekarska und Zofia Klimonda wurden in einem Erziehungsheim untergebracht.

Natalia Piekarska-Poneta beschrieb ihre Erlebnisse in den Büchern *Byłam nie tylko na Mikołowskiej* („Ich war nicht nur in der ul. Mikołowska") und *Siedziałam za Katowice* („Ich saß für Katowice").

Natalia Piekarska-Poneta und Barbara Nowakowska geb. Galas wurden 2004 Ehrenbürgerinnen von Katowice. Zofia Klimonda starb 2003.

Am 21. Oktober 1956 kehrte die Stadt Katowice zu ihrem ursprünglichen Namen zurück.

Quelle: www.niezależna.pl, www.wp.pl, Marta Tychmanowicz, 7.3.2011.

VORSCHAU

Die Seiten 128-131 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

TYGODNIK POWSZECHNY

KATOLICKIE PISMO SPOŁECZNO-KULTURALNE

„PRZESZKODZIĆ SIANIU NIENAWIŚCI..."

Eine der letzten Ausgaben des „Tygodnik Powszechny" vor dessen Einstellung, erschienen am 1. März 1953

und Schriftsteller übertrafen sich gegenseitig in Trauer-Lobgesängen, sie erwiesen dem „Befreier Polens", und „Fähnrich des Friedens" ihre Ehrerbietung, wenn sie ihre unterwürfigen Nachrufe schrieben und Verse dichteten, die den „Namen Stalins" priesen.

Dieser verordneten kollektiven Trauer widersetzte sich lediglich die Redaktion der Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny". Mit ihrer Weigerung, eine Todesanzeige und einen Nachruf zu veröffentlichen, bezeugte die Redaktion eindeutig ihr Verhältnis zur herrschenden Realität. Sie bezahlte dafür mit der Einziehung der nächsten Ausgaben und der Einstellung der Zeitung.

Stefan Kisielewski

STEFAN KISIELEWSKI (1911–1991), genannt „KISIEL", war ein Schriftsteller, Publizist, Komponist und Musikkritiker. Von 1945 bis 1989 schrieb er Feuilletons für die Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" und war in den Jahren 1957 bis 1965 Abgeordneter des Sejms im Rahmen der Gruppe „Znak". Als Publizist und Schriftsteller war er kaum zu bändigen, weshalb die Machthaber immer wieder entsprechend gegen ihn vorgingen. Wegen seiner Kritik an der Zensur im Jahr 1968 – seiner berühmten Äußerung von der „Diktatur der Hohlköpfe" auf einer Versammlung des Polnischen Schriftstellerverbands – wurde er mit einem dreijährigen Publikationsverbot belegt. Außerdem wurde er von „unbekannten Tätern" überfallen und brutal zusammengeschlagen. Ein erneutes Publikationsverbot (1981–1983) erfolgte während des Kriegsrechts. Im Jahr 1989 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Union für Realpolitik.

VORSCHAU

Der „Tygodnik Powszechny“, der seit März 1945 erschien, hatte sich die Verteidigung der universellen Werte zum Ziel gesetzt, die vom kommunistischen System bedroht waren. Da sich die Zeitung nicht direkt politisch engagieren durfte, konzentrierte sie sich auf Fragen der weithin verstandenen katholischen Kultur. Die Autoren und Redakteure des Blattes – darunter Antoni Gołubiew, Paweł Jasienica, Stefan Kisielewski, Jan Józef Szczepański, Hanna Malewska, Stanisław Stomma, Józefa Hennelowa, Jacek Woźniakowski – kommentierten nicht aktuelle politische Ereignisse. Egal wie empörend diese auch waren, sie ließen sich auf keine Polemik ein. Wie es der langjährige Chefredakteur Jerzy Turowicz einmal sagte, habe das Blatt keine harte oppositionelle Einstellung vertreten, die Redaktion habe Kompromisse eingehen müssen, selbstverständlich in den Grenzen des Anstands. Sie sei bereit gewesen, vernünftige und ehrliche Kompromisse zu machen, bis zu dem Moment, an dem sie habe sagen müssen: „Das können wir nicht“. Dieser Moment war der 8. März 1953.

Jerzy Turowicz, 1996

JERZY TUROWICZ (1912–1999) war ein Journalist, Publizist und katholischer Aktivist. In den Jahren 1945 bis 1953 sowie 1956 bis 1999 war er Chefredakteur der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, 1962 Sonderberichterstatter des „Tygodnik“ am II. Vatikanischen Konzil. Er engagierte sich in der Konzil-Bewegung, welche die auf dem Konzil beschlossenen Veränderungen in der Katholischen Kirche aktiv unterstützte. Nach dem August 1980 schloss er sich zusammen mit der „Tygodnik“-Redaktion der „Solidarność“-Bewegung an, 1984 wurde er Mitglied der Kommission des Polnischen Episkopats für den Dialog mit dem Judaismus. Er nahm auch an den Verhandlungen des Runden Tisches teil.

Der im Dezember 1956 wieder zugelassene „Tygodnik Powszechny“ spielte in den darauf folgenden Jahren eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung der Geisteshaltung vieler Generationen – gläubiger Menschen, aber auch solcher, die sich nicht mit dem Katholizismus identifizierten. Im „Tygodnik Powszechny“ kamen Władysław Bartoszewski, Priester Józef Tischner, Jan Nowak Jeziorański und Tadeusz Mazowiecki zu Wort. In den 1970er Jahren begannen die Dichter Antoni Słonimski und Wiktor Woroszylski, Vertreter der weltlichen Strömung der polnischen Intellektuellen, ihre Zusammenarbeit mit der Zeitung.

AUFGABE

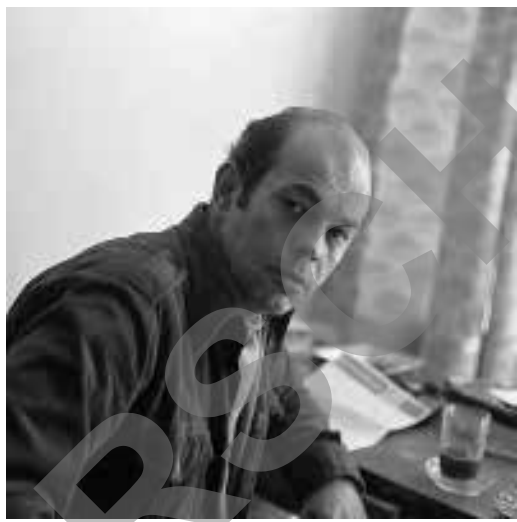
Beschreibe die Rolle der Zeitung „Tygodnik Powszechny“ bei der Herausbildung des gesellschaftlichen Widerstandes in Polen.

VORSCHAU

7. Zwischen Oktober 1956 und März 1968

Auch wenn das politische Tauwetter nach dem polnischen Oktober 1956 keine grundsätzlichen Systemveränderungen bewirkte, so blieb dieser kurze Zeitraum doch im Gedächtnis der Menschen verankert. Er war geprägt von der Meinungs- und Äußerungsfreiheit sowie von der Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit. Diese Erfahrungen hatten einen großen Einfluss auf die Denkweise intellektueller Kreise, die dem System gegenüber kritisch eingestellt waren. Dies spiegelte sich wider in den Tätigkeiten des Klubs des Krummen Kreises, der Abgeordnetengruppe „Znak“ (Zeichen) oder der Partei-„Revisionisten“(s. Kap. 3).

KLUB des KRUMMEN KREISES: Ein im Herbst 1955 gegründeter Klub für politische Diskussionen, der Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller, Juristen sowie Wirtschaftswissenschaftler mit unterschiedlichen ideologischen Einstellungen bzw. politischen Ansichten zusammenführte. Die wöchentlichen Diskussionsrunden befassten sich mit Themen zur Geschichte, Wirtschaft, Politik, Philosophie, Rechtswissenschaft, Literatur und Kultur. Der Klub wurde auf Beschluss der Regierung im Februar 1962 aufgelöst. Sein Name geht auf die Straße Krzywe Koło in der Warschauer Altstadt zurück. Dort fanden in einer Privatwohnung die ersten Treffen statt.



Jacek Kuroń (1934–2004)

Karol Modzelewski (am Mikrofon), hier mit Andrzej Gwiazda und Lech Dymarski, 23. März 1981, Bydgoszcz

VORSCHAU

Im März 1965 gingen zwei junge Historiker der Universität Warschau, Jacek Kuroń und Karol Modzelewski, die zu diesem Zeitpunkt noch von der kommunistischen Idee überzeugt waren, auf Konfrontationskurs mit der Partei. Sie begannen die ideologische Auseinandersetzung, die sie bald in die Reihen der demokratischen Opposition führte. Mit ihrem *Offenen Brief an die Partei*, in dem sie das System kritisierten, lösten sie einen Wutanfall beim Ersten Sekretär der PZPR, Władysław Gomułka, aus und eine sofortige Reaktion seitens der Machthaber. Wegen dieses Briefes wurden sie verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, Kuroń zu drei, Modzelewski zu dreieinhalb Jahren Gefängnis. Das Urteil rief an der Universität Warschau große Empörung hervor. Eine Gruppe von Studenten trat für sie ein und rebellierte gegen die Politik der Partei und die von ihr aufgezwungenen Einschränkungen. Sie debattierten, stellten unbequeme Fragen – und drei Jahre später protestierten sie gegen die Absetzung von Adam Mickiewicz' Theaterstück *Dziady* („Totenfeier") am Warschauer Nationaltheater.
Jacek Kuroń und Karol Modzelewski wählten den schwierigen Weg des Dissidenten-Daseins. Darunter litt ihre wissenschaftliche Karriere sowie ihr Familienleben. Sie wurden Mitte 1967 aus dem Gefängnis entlassen und nahmen einige Monate später an den Demonstrationen vom März 1968 teil, weswegen sie – als die von Gomułka bezeichneten Organisatoren der „Krawalle" – erneut verhaftet und zu je dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Die Ereignisse vom März 1968 waren für beide eine wichtige Zäsur, sie bedeuteten einen Abschied vom Parteirevisionismus und vom Traum von einer Systemverbesserung. Als sie im September 1971 unter dem neuen Parteisekretär Gierek aus dem Gefängnis entlassen wurden, sollten sie weitere neun Jahre Arbeit und Wirken vor sich haben. Karol Modzelewski kehrte zu seiner wissenschaftlichen Tätigkeit als Historiker zurück, verlor dabei jedoch die Lage im Land nicht aus dem Blickfeld. Im Jahr 1976 kritisierte er in einer Denkschrift die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mannschaft Edward Giereks. Jacek Kuroń war in Oppositionskreisen aktiv, schnell wurde er zu einer der führenden Persönlichkeiten der Opposition in der Volksrepublik Polen und gründete das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) mit. Im August 1980 schlossen sich beide der Revolutionsbewegung an, die zur Gründung der „Solidarność" führte. Jacek Kuroń war einer der Berater des Überbetrieblichen Gründungskomitees der künftigen Gewerkschaft. Karol Modzelewski engagierte sich in der Gewerkschaft und wurde Mitglied des „Solidarność"-Komitees in Niederschlesien. In den ersten Stunden des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts wurden beide interniert. Ende 1982 wurde ihnen versuchter Umsturz vorgeworfen und sie wurden ein weiteres Mal verhaftet. Sie kamen im Juli 1984 dank der erlassenen Amnestie frei. Nach den Verhandlungen am Runden Tisch nahmen sie am Prozess des demokratischen Wandels teil.

VORSCHAU

Das Jahr 1956 brachte für die breiten Schichten der Bevölkerung spürbare Veränderungen: das Regime lockerte die Repressionen, kontrollierte das öffentliche Leben weniger rigoros, seine Propaganda war weniger aggressiv. Eine große Anzahl politischer Häftlinge wurde aus den Gefängnissen entlassen. Die Tatsache, dass viele sowjetische Offiziere die Polnische Armee verließen (allen voran der russifizierte Pole – Konstanty Rokossowski, Marschall von Polen), machte die Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion nicht mehr so sichtbar und erniedrigend. Die Machthaber verzichteten auf die Zwangskollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe und änderten auch ihre Einstellung zur katholischen Kirche. Die Menschen schüttelten ihre ständige Angst, ihr Um-Sich-Schauen ab. Sie wurden nicht mehr verfolgt, wenn sie einen politischen Witz

Jan Józef Lipski

JAN JÓZEF LIPSKI (1926–1991) Literaturkritiker und Literaturhistoriker, Publizist sowie aktives Mitglied der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen.
Während der deutschen Besatzung gehörte er der konspirativen Pfadfinderorganisation „Graue Reihen" an und nahm am Warschauer Aufstand teil. Nach dem Krieg studierte er Polonistik. Mitte der 1950er Jahre arbeitete er mit der Wochenzeitschrift „Po Prostu" zusammen. In den Jahren 1956 bis 1962 war er Mitglied des Klubs des Krummen Kreises. Ab der Mitte der 1960er Jahre setzte er sich zusammen mit dem Rechtsanwalt Jan Olszewski für politische Gefangene ein, zunächst für Jacek Kuroń und Karol Modzelewski, später für verfolgte Studenten. 1964 war er einer der Initiatoren des *Briefes der 34*, der sich gegen die Kulturpolitik der Partei richtete. Er gehörte zu den Organisatoren der Hilfsaktion für von Reppressionen betroffenen Arbeiter aus Ursus und Radom nach den Juni-Unruhen im Jahr 1976. Er war eines der Gründungsmitglieder des KOR. Mehrfach war er inhaftiert. Im Jahr 1987 wurde er Vorsitzender der wieder gegründeten Polnischen Sozialistischen Partei. Von 1989 bis 1991war er in der 1. Regierungszeit Senator. 2006 wurde er posthum mit dem Orden des Weißen Adlers geehrt.

erzählten oder über die Behörden klagten – zumindest so lange es nicht öffentlich geschah.

Das Phänomen der erneuten Anpassung, das sich immer mehr abzeichnete, hatte andere Gründe als in den vorangegangenen Jahren. Vormals hatte die Menschen die Angst umgetrieben – jetzt sahen sie, dass es sich in diesem System doch leben ließ. Um des Friedens willen gingen sie zur Wahl, zum Erster-Mai-Umzug, zu Kundgebungen der Machthaber. Dies führte zu einer Spaltung im Denken: Die Ansichten zu Hause unterschieden sich von denen, die öffentlich geäußert wurden. Bestimmte Dinge wurden öffentlich nicht angesprochen, obwohl sie durchaus Thema von Privatgesprächen waren.

Die geweckten Hoffnungen sowie die Belebung der Wissenschaft und des Kulturlebens führten jedoch bald zu Konflikten zwischen den Machthabern und einem Teil der Intellektuellen. Denn für unabhängige Kultur und Wissenschaft gab es in der ideologisch geprägten Denkweise der Funktionäre keinen Platz, selbstständige Organisationen und Künstlerverbände hätten sich der Kontrolle durch die Partei entzogen. Diese verschärfte daher ihren Kurs in der Kulturpolitik. Sie untersagte die Herausgabe bestimmter Bücher bzw. die Vorführung bestimmter Filme. Sie mischte sich zudem in die Organisation von Künstlerverbänden ein (z. B. brachte sie 1959 den Polnischen Schriftstellerverband dazu, den durch seine kritische Haltung bekannten Schriftsteller Antoni Słonimski vom Posten des Verbandspräsidenten abzusetzen). Kontakte in die freie Welt, zu den Kulturzentren der Exil-Polen, waren strafbar, so etwa zum Literarischen Institut in Paris, zur dort erscheinenden Zeitschrift „Kultura" oder zu Radio Freies Europa.

VORSCHAU

Die Seiten 137-157 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

13. Die Kirche und ihre Hirten

Johannes Paul II. und Kardinal Stefan Wyszyński, Primas von Polen, Vatikan, 1978

In den schwierigen Zeiten ihrer Geschichte fanden die Polen immer Trost und Rückhalt in der katholischen Kirche. Ihre Verbundenheit mit der Religion und ihre Traditionstreue waren die Grundlagen der nationalen Identität der Polen. Dies gab ihnen die Kraft, die Jahre der Teilungen, der Kriege und der Besatzung zu überstehen. Der Kommunismus, der einen neuen Menschen schaffen wollte, strebte danach, das traditionelle Wertesystem zu zerstören, womit er für die Religion und die Kirche eine ernsthafte Gefahr darstellte. Kardinal Stefan Wyszyński, Primas Polens in den Jahren 1948 bis 1981, der große Autorität genoss, gelang es, die polnische Gesellschaft zur Verteidigung der Kirche zu einen und sie durch die schwierigen Jahre der kommunistischen Herrschaft zu führen. Die Wahl Kardinal Karol Wojtyłas zum Papst löste in der polnischen Bevölkerung Freude aus, die an Euphorie grenzte. Dieses Ereignis führte dazu, dass das Land im Mittelpunkt weltweiter Aufmerksamkeitstand; das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Kraft, welche die Polen empfanden, als sie die Worte des polnischen Papstes hörten, ließen sie hoffen, dass Veränderungen möglich waren.

Die Zeit des Kriegsrechts gehörte zu den Momenten in der Geschichte Polens, in denen die Menschen in der Kirche Zuversicht und Hoffnung suchten. Dieser Stimmung entsprachen die in der polnischen religiösen Tradition tief verankerten Gottesdienste für das Vaterland. In der Stanisław-Kostka-Kirche im Warschauer Stadtteil Żoliborz wurde am 22. Juli 1981 die erste Heilige Messe für das Vaterland gelesen. Der Initiator dieser Gottesdienste, Prälat Teofil Bogucki, übergab 1982 die Leitung an den jungen Kaplan Jerzy Popiełuszko. Zu den monatlich gelesenen Messen kamen sehr viele Gläubige, die den einfachen, doch so wichtigen Worten zuhörten:

Um ein in der Seele freier Mensch zu bleiben, muss man in Wahrheit leben. [...] Die Wahrheit ist unveränderlich. Die Wahrheit lässt sich nicht durch die eine oder andere Entscheidung, durch das eine oder andere Gesetz vernichten. Unsere Unfreiheit liegt im Grunde darin, dass wir uns der Herrschaft der Lüge unterordnen, dass wir die Lüge

VORSCHAU

nicht aufdecken und im Alltag nicht gegen sie protestieren. Wir protestieren nicht, wir schweigen und tun so, als ob wir an sie glaubten. So führen wir ein verlogenes Leben.

(31. Oktober 1982)

Wir dürfen uns nicht hinter andere stellen und warten, bis sie die Freiheit erkämpfen. Wir dürfen uns nicht aufteilen in Menschen, die um die Freiheit kämpfen, und solche, die auf die erkämpfte Freiheit mit verschränkten Armen warten. Wir dürfen keine geteilte Gesellschaft sein, denn je geteilter eine Gesellschaft ist, umso leichter ist sie zu beherrschen, sind die Menschen gegeneinander aufzubringen und zu demütigen.

(4. Dezember 1983)

Es dient nicht der Wahrheit, Menschen aufgrund ihrer Überzeugung gefangen zu halten. [...] Gewalt und Machtdemonstration dienen nicht der Wahrheit. Gewalt ist Lüge, weil sie zerstört, was sie angeblich verteidigt. Um das Land richtig zu regieren, müssen Gewalt und Lüge aufhören, dann kehren Ruhe und die Bedingungen für einen fruchtbaren Aufbau zurück. Aber Ruhe darf nicht mit erzwungenem Schweigen verwechselt werden. Das Leben lässt sich nicht betrügen, wie auch die Erde sich nicht betrügen lässt. Bekommt sie Spreu, bringt sie nur Unkraut hervor.

(27. Mai 1984)

Priester Jerzy Popiełuszko, Predigttexte, www.xj.popieluszko.pl/xjp/teksty-kazan

Die Behörden verfolgten diese Gottesdienste sehr genau, sie warfen Priester Popiełuszko vor, in der Kirche politische Feiern zu organisieren, die sich gegen die Grundlagen des politischen Systems richteten. Sie schikanierten ihn und versuchten, ihn zu kompromittieren. Das kommunistische System hatte Angst vor der Wahrheit und vor den Menschen, die diese verteidigten.

Priester Jerzy Aleksander (eigentlich Alfons) Popiełuszko wurde 1947 im ostpolnischen Dorf Okopy geboren. Seine Eltern bewirtschafteten einen Bauernhof. In der Familie war die Erinnerung an seinen Onkel Alfons Popiełuszko, Partisan der Heimatarmee, lebendig, der nach dem Krieg von sowjetischen Soldaten getötet worden war.
Jerzy Popiełuszko zeichnete sich schon früh durch Reflexionsfähigkeit und tiefe Religiosität aus. Es kam immer wieder vor, dass seine Eltern deswegen in die Schule einbestellt wurden. Nach dem Abitur trat er 1965 in das Höhere Priesterseminar der Warschauer Metropole ein, das er wegen des Pflichtwehrdienstes für zwei Jahre verlassen musste. Den Wehrdienst leistete er in einer Sondereinheit für Kleriker, in der besonders strenge Auflagen herrschten. Die Einberufung von Klerikern zur Armee war eine der Schikanen gegenüber der Kirche, aber auch ein Versuch, die jungen Männer vom Studium am Priesterseminar abzubringen.
Während des Wehrdienstes begannen die gesundheitlichen Probleme Popiełuszkos, mit denen er sein ganzes Leben lang zu kämpfen hatte.
Im Mai 1972 empfing Popiełuszko durch Kardinal Stefan Wyszyński die Priesterweihe. In den 1970er Jahren war er als Priester in mehreren Gemeinden bei Warschau tätig. Zudem war er in der Studentenseelsorge in Warschau aktiv und betreute dort auch das mittlere medizinische Personal seelsorgerisch.

VORSCHAU

Ab Mai 1980 war er mit der Stanisław-Kostka-Gemeinde im Warschauer Stadtteil Żoliborz verbunden. Bahnbrechend für sein weiteres Leben war der 31. August 1981, als er auf Bitten streikender Arbeiter eine Heilige Messe auf dem Gelände der Warschauer Stahlhütte las. Dies waren seine ersten Kontakte zu den Stahlarbeitern, für die er ein Freund und geistiger Betreuer wurde. In den Folgemonaten organisierte er für die Arbeiter eine Reihe von Vorlesungen aus verschiedenen Bereichen (polnische Geschichte und Literaturgeschichte, Jura, Ökonomie, kirchliche Soziallehre), die von geladenen Fachleuten gehalten wurden. Während des Kriegsrechts organisierte er karitative Aktionen zur Unterstützung politisch Verfolgter.

Ab Februar 1982 las er allmonatlich Heilige Messen für das Vaterland.

Wegen seiner Tätigkeit wurde er Ziel brutaler Angriffe seitens der Behörden. Stets wurde er überwacht, zu Verhören geladen und war Einschüchterungs- sowie Provokationsversuchen ausgesetzt. 1983 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Ihm wurde vorgeworfen, dass er „seine Priesterrolle missbrauche und die Kirchen zum Hort staatsfeindlicher Propaganda mache", wofür ihm eine 10-jährige Freiheitsstrafe drohte. Er wurde festgenommen, 1984 jedoch kraft einer Amnestie wieder freigelassen.

Behördlicher Druck, eine verleumderische Pressekampagne und die tatsächliche Gefahr für Leib und Leben des Priesters Popiełuszko veranlassten Józef Glemp, Primas von Polen, diesem einen Studienaufenthalt in Rom vorzuschlagen. Er entschied sich jedoch dagegen.

Am 19. Oktober 1984 wurde er zwischen Bydgoszcz und Toruń vom Sicherheitsdienst entführt. Am 30. Oktober wurde seine Leiche aus dem Weichselstausee bei Włocławek geborgen; auf ihr waren Spuren von Folter erkennbar. Die nur langsam zum Vorschein kommende Wahrheit über den Verlauf der Entführung und die Einzelheiten des Märtyrertodes des Priesters riefen in der Bevölkerung Bestürzung und Wut hervor. Zu der von Primas Józef Glemp gehaltenen Trauermesse kamen unzählige Menschenmengen – das Begräbnis wurde sowohl zu einer großen Kundgebung für die Gewerkschaft „Solidarność" als auch zu einer Manifestation nationaler Solidarität.

Am 6. Juni 2010 wurde Priester Jerzy Popiełuszko selig gesprochen.

Basierend auf: *Biografia bł. Ks. Jerzego Popiełuszki*, www.popieluszko.net.pl/xjerzy/biografia und Kindziuk, Milena: Ksiądz Jerzy Popiełuszko. Prawdziwa historia męczennika, Warszawa, 2008.

Der Priester Jerzy Popiełuszko bei der Predigt

AUFGABEN

1. Bewerte die Bedeutung der katholischen Kirche in Polen für den nationalen Zusammenhalt in den 1970er und 1980er Jahren.
2. Erkläre, warum die Kommunisten sich vor den Worten des Priesters Jerzy Popiełuszko fürchteten.

VORSCHAU

Die Seiten 161-397 sind in dieser Buchvorschau nicht enthalten.

VORSCHAU

Literatur

Kapitel 1. Herrschen gegen die Gesellschaft

DDR

Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993.

Bürgerkomitee Leipzig (Hg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1998.

Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005.

Flemming, Thomas/Koch, Hagen: Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks, Berlin 2001.

Fricke, Karl-Wilhelm/Klewin, Silke: Bautzen II, Leipzig 2001.

Gieseke, Jens/Hubert, Doris: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000.

Höck, Dorothea/Reifarth, Jürgen: Die DDR: Geschichte, Politik, Kultur, Alltag. Ein Projektbuch, Mühlheim an der Ruhr 2004.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 2000.

Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000.

Vollnhals, Clemens/Weber, Jürgen (Hg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002.

Werkentin, Falco: Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 2000.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1999.

Empfohlene Internetseiten

www.bpb.de
www.bstu.bund.de
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
www.chronik-der-mauer.de
www.chronikderwende.de
www.jugendopposition.de

VORSCHAU

Volksrepublik Polen

Babula, Julian: Wojsko Polskie 1945–1989. Próba analizy operacyjnej, Warszawa 1998.
Bałtowski, Maciej: Gospodarka socjalistyczna w Polsce. Geneza – rozwój – upadek, Warszawa 2009.
Dudek, Antoni: Komuniści i Kościół w Polsce (1945–1989), Kraków 2003.
Eisler, Jerzy: Zarys dziejów politycznych Polski 1944–1989, Warszawa 1992.
Kaliński, Janusz: Gospodarka Polska w latach 1944–1989. Przemiany strukturalne, Warszawa 1995.
Krogulski, Mariusz Lesław: Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1956–1993, Warszawa 2001.
Morawski, Wojciech: Dzieje gospodarcze Polski, Warszawa 2010.
Paczkowski, Andrzej: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warszawa 2005.
Rokicki, Konrad/Stępień, Sławomir (Hg.): W objęciach Wielkiego Brata. Sowieci w Polsce 1944–1993, Warszawa 2009.
Roszkowski, Wojciech: Półwiecze. Historia polityczna świata po 1945 roku, Warszawa 2005.
Słabek, Henryk: O społecznej historii Polski 1945–1989, Warszawa 2009.
Świda-Ziemba, Hanna: Młodzież PRL. Portrety pokoleń w kontekście historii, Warszawa 2010.
Terlecki, Ryszard: Miecz i tarcza komunizmu. Historia aparatu bezpieczeństwa w Polsce 1944–1990, Kraków 2007.
Toborek, Tomasz: Niezależna muzyka rockowa, Łódź 2010.
Walczak, Jan: Ruch studencki w Polsce 1944–1984, Wrocław 1990.

Kapitel 2. Anstand hat einen hohen Wert

DDR

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1958.
Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (Hg.): Genau hingesehen. Nie geschwiegen. Sofort widersprochen. Gleich gehandelt. Dokumente aus dem Gewebe der Heuchelei 1982–1989. Widerstand autonomer Frauen in Berlin Ost und West, Berlin 1990.
Gehrmann, Manfred: Die Überwindung des „Eisernen Vorhangs". Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach Westberlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk, Berlin 2009.
Grafe, Roman (Hg.): Die Schuld der Mitläufer. Anpassen oder Widerstehen in der DDR, München 2009.
Grammes, Tilman/Zühlke, Ari: Ein Schulkonflikt in der DDR. Arbeitshilfen für die politische Bildung, 2 Bd., Bonn 1992.
Kaiser, Paul/Petzold, Claudia (Hg.): Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere. 1970–1989, Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 4. September bis 16. Dezember 1997, Berlin 1997.
Kunze, Reiner: Die wunderbaren Jahre. Frankfurt a. M. 1978.
Kunze, Reiner (Hg.): Deckname „Lyrik". Eine Dokumentation. Frankfurt a. M. 1990.
Müller-Enbergs, Hellmut et al. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bd., 5. Aufl., Berlin 2010.
Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.
Ruchniewicz, Krzysztof: „Unser Golgota liegt im Osten". Günter Särchen und sein Einsatz für die deutsch-polnische Verständigung, in: Adalbertusforum. Zeitschrift für ostmitteleuropäische Begegnung, 41/2008, S. 12–18.

VORSCHAU

Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.
Weber, Hermann: Geschichte der DDR. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, München 1999.
Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971–1989. 3. Aufl., Berlin 2009.

Empfohlene Internetseiten
www.jugendopposition.de
www.bruesewitz.org
www.leisegegendenstrom.eu

Volksrepublik Polen

Friszke, Andrzej: Opozycja polityczna w PRL 1945–1980, Londyn 1994.
Friszke, Andrzej: Polska. Losy państwa i narodu 1939–1945, Warszawa 2003.
Friszke, Andrzej: Przystosowanie i opór. Studia z dziejów PRL, Warszawa, 2007.
Friszke, Andrzej/Paczkowski, Andrzej: Niepokorni. Rozmowy o Komitecie Obrony Robotników. Relacje członków i współpracowników Komitetu Obrony Robotników zebrane w 1981 roku przez Andrzeja Friszke i Andrzeja Paczkowskiego, Kraków 2008.
Eisler, Jerzy/Rokicki, Konrad (Hg.): Rzeczpospolita utracona. Następstwa nazizmu i komunizmu na ziemiach polskich, Warszawa, 2010.
Kersten, Krystyna: Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948, Lublin 1989.
Paczkowski, Andrzej: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warszawa 1995.
Siedlecka, Joanna: Kryptonim „Liryka". Bezpieka wobec literatów, Warszawa 2009.
Żakowski, Jacek: Anatomia smaku czyli Rozmowy o losach zespołu Tygodnika Powszechnego w latach 1953–1956, Warszawa, 1988.

Empfohlene Internetseiten
www.encyklopedia-solidarnosci.pl
www.zakladajciekomitety.pl

Kapitel 3. Klassenfeinde

DDR

Bürgerkomitee Leipzig (Hg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1998.
Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005.
Flemming, Thomas/Koch, Hagen: Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks, Berlin 2001.
Gieseke, Jens/Hubert, Doris: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000.
Höck, Dorothea/Reifarth, Jürgen: Die DDR: Geschichte, Politik, Kultur, Alltag. Ein Projektbuch, Mühlheim an der Ruhr 2004.
Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 2000.
Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.
Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000.
Vollnhals, Clemens/Weber, Jürgen (Hg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002.
Werkentin, Falco: Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 2000.

VORSCHAU

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1999.

Empfohlene Internetseiten

www.bpb.de
www.chronik-der-mauer.de
www.chronikderwende.de
www.ddr-mythen.de
www.jugendopposition.de
www.stiftung-aufarbeitung.de

Volksrepublik Polen

Burakowski, Adam/Gubrynowicz, Aleksander/Ukielski, Paweł: 1989 – Jesień Narodów, Warszawa 2009.
Cecuda, Dariusz: Leksykon opozycji politycznej 1976–1989, Warszawa 1989.
Dudek, Antoni: Ślady PeeReLu. Ludzie, wydarzenia, mechanizmy, Kraków 2001.
Friszke, Andrzej: Opozycja polityczna w PRL 1945–1980, Londyn 1994.
Friszke, Andrzej (Hg.): Solidarność podziemna 1981–1989, Warszawa 2006.
Jastrzębski, Andrzej (Hg.): Dokumenty Komitetu Obrony Robotników i Komitetu Samoobrony Społecznej „KOR", Warszawa/Londyn 1994.
Kamiński, Łukasz: Polacy wobec nowej rzeczywistości 1944–1948. Formy pozainstytucjonalnego, żywiołowego oporu społecznego, Toruń 2000.
Kamiński, Łukasz/Blažek, Petr/Majewski, Grzegorz: Ponad granicami. Historia Solidarności Polsko-Czechosłowackiej, Wrocław 2009.
Kenney, Padraic: Rewolucyjny Karnawał. Europa Środkowa 1989, Wrocław 2005.
Kowalczyk, Roman: Studenci 81, Warszawa 2000.
Lipski, Jan Józef: KOR. Komitet Obrony Robotników. Komitet Samoobrony Społecznej, Warszawa 2006.
Łątkowska, Mirosława et al. (Hg.): Encyklopedia Solidarności. Opozycja w PRL 1976–1989, Bd. 1, Warszawa 2010.
Modzelewski, Wojciech: Pacyfizm w Polsce, Warszawa 1996.
Paczkowski, Andrzej: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warszawa 2005.
Popińska, Jolanta/Popiński, Krzysztof: Od SKS do NZS. Niezależne Zrzeszenie Studentów we Wrocławiu 1980–2010, Wrocław 2010.
Sipowicz, Kamil: Hipisi w PRL-u, Warszawa 2008.
Terlecki, Ryszard: „Solidarność". Dekada nadziei 1980–1989, Warszawa 2010.
Waligóra, Grzegorz: Ruch Obrony Praw Człowieka i Obywatela 1977–1981, Warszawa 2006.
Wąsowicz, Jarosław/Kopacz, Aleksander: Nadchodzi nasz czas. Federacja Młodzieży Walczącej 1984–1990, Kraków 2009.
Zaremba, Piotr: Młodopolacy – historia Ruchu Młodej Polski, Gdańsk 2000.

Kapitel 4. Die helfende Hand

DDR

Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (Hg.): Genau hingesehen. Nie geschwiegen. Sofort widersprochen. Gleich gehandelt. Dokumente aus dem Gewebe der Heuchelei 1982–1989. Widerstand autonomer Frauen in Berlin Ost und West, Berlin 1990.
Brandt, Marion: Für Eure und unsere Freiheit? Der polnische Oktober und die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Schriftstellern aus der DDR, Berlin 2002.

VORSCHAU

Brandt, Marion: „Öffentlichkeit war der Anfang vom Ende". Die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Intellektuellen in der DDR, in: Deutschland Archiv 37 4/2004, S. 593–602.
Brandt, Marion: „Wir glaubten ernstlich an einen sozialistischen Frühling." Intellektuelle in der DDR und Polen im Jahr 1956, in: Horch & Guck. Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees „15. Januar" e. V. 15 1/2006, S. 13–17.
Müller-Enbergs, Hellmut et al. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bd., 5. Aufl., Berlin 2010.
Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.
Poppe, Gerd: Begründung und Entwicklung internationaler Verbindungen, in: Hannsjörg F. Buck, Gunther Holzweißig, Eberhard Kuhrt (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999.
Rundfunk Berlin-Brandenburg: Kontraste. Auf den Spuren einer Diktatur. Bundeszentrale für Politische Bildung, Berlin 2005.
Scheer, Udo: Jürgen Fuchs. Ein literarischer Weg in die Opposition, Berlin 2007.
Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.
Schwenger, Hannes: Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Selbstzeugnissen, Dokumenten, Briefen und im Zerrspiegel der MfS-Akten, in: Europäische Ideen, Sonderheft 1995.
Weber, Hermann: Geschichte der DDR. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, München 1999.
Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971–1989. 3. Aufl., Berlin 2009.

Empfohlene Internetseiten:
www.jugendopposition.de

Volksrepublik Polen

Dziurok, Adam/Gałęzowski, Marek/Kamiński, Łukasz et al.: Od niepodległości do niepodległości. Historia Polski 1918–1989, Warszawa 2010.
Friszke, Andrzej: Życie polityczne emigracji, Warszawa 1999.
Kersten, Krystyna: Jałta w polskiej perspektywie, Londyn/Warszawa 1989.
Kowalczyk, Andrzej Stanisław: Giedroyc i „Kultura", Wrocław 1999.
Machcewicz, Paweł: „Monachijska menażeria". Walka z Radiem Wolna Europa 1950–1989, Warszawa 2007.
Nurek, Mieczysław: Gorycz zwycięstwa. Los Polskich Sił Zbrojnych na Zachodzie po II wojnie światowej 1945–1949, Gdańsk 2009.
Paczkowski, Andrzej: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warszawa 2005.
Wojdon, Joanna: „W imieniu sześciu milionów..." Kongres Polonii Amerykańskiej w latach 1944–1968, Toruń 2005.
Wolsza, Tadeusz: Rząd RP na obczyźnie wobec wydarzeń w kraju 1945–1950, Warszawa 1998.

Kapitel 5. Revolte und Widerstand

DDR

Eisenfeld, Bernd/Kowalczuk, Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution: Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte, Bremen 2003.
Goeckel, Robert F.: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker, Leipzig 1995.

VORSCHAU

Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.
Knopp, Guido: Der Aufstand. 17. Juni 1953, Hamburg 2003.
Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstands, Bonn 2013.
Meckel, Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte, Köln 1994.
Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 2000.
Pollak, Detlef (Hg.): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a. M. 1990.
Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.
Schwabe, Klaus: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin 2007.

Volksrepublik Polen

Anusz, Andrzej: Niezależne Zrzeszenie Studentów w latach 1980–1989, Warszawa 1991.
Brzoza, Czesław: Polska w czasach niepodległości i drugiej wojny światowej (1918–1945), Kraków 2001.
Burakowski, Adam/Gubrynowicz, Aleksander/Ukielski, Paweł: 1989 – Jesień Narodów, Warszawa 2009.
Cecuda, Dariusz: Leksykon opozycji politycznej 1976–1989, Warszawa 1989.
Codogni, Paulina: Rok 1956, Warszawa 2006.
Dudek, Antoni/Marszałkowski, Tomasz: Walki uliczne w PRL 1956–1989, Kraków 1999.
Dudek, Antoni: Ślady PeeReLu. Ludzie, wydarzenia, mechanizmy, Kraków 2001.
Dziurok, Adam/Gałęzowski, Marek/Kamiński, Łukasz et al.: Od niepodległości do niepodległości. Historia Polski 1918–1989, Warszawa 2010.
Friszke, Andrzej: Opozycja polityczna w PRL 1945–1980, Londyn 1994.
Głębocki, Henryk: Studencki Komitet Solidarności w Krakowie 1977–1980. Zarys działalności, Warszawa 1994.
Kamiński, Łukasz: Polacy wobec nowej rzeczywistości 1944–1948. Formy pozainstytucjonalnego, żywiołowego oporu społecznego, Toruń 2000.
Kenney, Padraic: Rewolucyjny Karnawał. Europa Środkowa 1989, Wrocław 2005.
Kościk, Elżbieta/Głowiński, Tomasz (Hg.): Gospodarka i społeczeństwo w czasach PRL-u (1944–1989), Wrocław 2007.
Kot, Wiesław: PRL czas nonsensu. Polskie dekady. Kronika naszych czasów 1950–1990, Poznań 2007.
Kula, Marcin/Zaremba, Marcin/Osęka, Piotr (Hg.): Marzec 1968. Trzydzieści lat później, Warszawa 1998.
Łątkowska, Mirosława et al. (Hg.): Encyklopedia Solidarności. Opozycja w PRL 1976–1989, Bd. 1, Warszawa 2010.
Łopiński, Maciej/Moskit, Marian/Wilk, Mariusz: Konspira. Rzecz o podziemnej „Solidarności", Gdańsk/Warszawa 1989.
Paczkowski, Andrzej: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warszawa 2005.
Suleja, Włodzimierz: Dolnośląski Marzec '68. Anatomia protestu, Warszawa 2006.
Wąsowicz, Jarosław/Kopacz, Aleksander: Nadchodzi nasz czas. Federacja Młodzieży Walczącej 1984–1990, Kraków 2009.
Wierzbicki, Marek: Młodzież w PRL, Warszawa 2009.
Zieliński, Zygmunt/Bober, Sabina: Kościół w Polsce 1944–2007, Poznań 2009.
Żaryn, Jan: Kościół w PRL, Warszawa 2004.

VORSCHAU

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter- und Bauernfakultäten
AK	*Armia Krajowa* (Polnische) Heimatarmee
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BBC	*British Broadcasting Corporation* Britische Rundfunkgesellschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSSR	*Československá socialistická republika* Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DJ	Bürgerbewegung Demokratie Jetzt
DSF	Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FMW	*Federacja Młodzieży Walczącej* Föderation der Kämpfenden Jugend
GPU	*Objedinjonnoje gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije* Vereinigte staatliche politische Verwaltung (seit 1922 die Bezeichnung der Geheimpolizei der Sowjetunion)
GTS	Gesellschaft für Sport und Technik
KBW	*Korpus Bezpieczeństwa Wewnętrznego* Korps für Innere Sicherheit
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KIK	*Klub Inteligencji Katolickiej* Klub der Katholischen Intelligenz
KOR	*Komitet Obrony Robotników* Komitee zur Verteidigung der Arbeiter
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion

VORSCHAU

KPN	*Konfederacja Polski Niepodległej* Konföderation des Unabhängigen Polens
KPP	*Komunistyczna Partia Polski* Kommunistische Partei Polens
KRN	*Krajowa Rada Narodowa* Landesnationalrat
KSS „KOR“	*Komitet Samoobrony Społecznej* „KOR“ Komitee zur Selbstverteidigung der Gesellschaft „KOR“
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KZ	Konzentrationslager
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MBP	*Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego* Ministerium für Öffentliche Sicherheit
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MKS	*Międzyzakładowy Komitet Strajkowy* Überbetriebliches Streikkomitee
MO	*Milicja Obywatelska* Bürgermiliz
NATO	*North Atlantik Treaty Organization* Nordatlantikpakt
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
NKWD	*Narodny Komissariat Wnutrennich Del* Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
NS-	national-sozialistisch (z. B. NS-Opfer)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSZ	*Narodowe Siły Zbrojne* Nationale Streitkräfte
NSZZ	*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy* Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft
NVA	Nationale Volksarmee
NZS	*Niezależne Zrzeszenie Studentów* Unabhängiger Studentenverband
ORMO	*Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej* Freiwillige Reserve der Bürgermiliz
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PKWN	*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego* Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung
PPR	*Polska Partia Robotnicza* Polnische Arbeiterpartei
PPS	*Polska Partia Socjalistyczna* Polnische Sozialistische Partei
PPS-RD	*Polska Partia Socjalistyczna – Rewolucja Demokratyczna* Polnische Sozialistische Partei – Demokratische Revolution
PRL	*Polska Rzeczpospolita Ludowa* Volksrepublik Polen
PSL	*Polskie Stronnictwo Ludowe* Polnische Bauernpartei
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PZPR	*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RFE	Radio Freies Europa
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RMP	*Ruch Młodej Polski* Bewegung des Jungen Polens
ROPCiO	*Ruch Obrony Praw Człowieka i Obywatela* Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte
RP	*Rzeczpospolita Polska* Republik Polen
„S“	„Solidarność“
SA	Sturmabteilung
SB	*Służba Bezpieczeństwa* Sicherheitsdienst
SBZ	Sowjetische Besatzungszone

VORSCHAU

SD	*Stronnictwo Demokratyczne* Demokratische Partei
SDP	Sozialdemokratische Partei (*in der DDR*)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKS	*Studencki Komitet Solidarności* Studentisches Solidaritätskomitee
SL	*Stronnictwo Ludowe* Bauernpartei
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SP	*Stronnictwo Pracy* Partei der Arbeit
SPCzS	*Solidarność Polsko-Czesko-Słowacka* Polnisch-Tschechisch-Slowakische Solidarność
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
STASI	*pot*. Staatssicherheit
TKKŚ	*Towarzystwo Krzewienia Kultury Świeckiej* Gesellschaft zur Verbreitung der Weltlichen Kultur
TPPR	*Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej* Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft
TRJN	*Tymczasowy Rząd Jedności Narodowej* Provisorische Regierung der Nationalen Einheit
UB	*Urząd Bezpieczeństwa* Sicherheitsbehörde
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFJ	Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen
UNO	*United Nations Organization* Vereinte Nationen
UPR	*Unia Polityki Realnej* Union für Realpolitik
USA	*United States of America* Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
WiN	*Zrzeszenie „Wolność i Niezawisłość"* Vereinigung „Freiheit und Unabhängigkeit" (WiN)
WiP	*Ruch „Wolność i Pokój"* Bewegung „Freiheit und Frieden"
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZHP	*Związek Harcerstwa Polskiego* Polnischer Pfadfinderverband
ZMD	*Związek Młodych Demokratów* Bund Junger Demokraten
ZMP	*Związek Młodzieży Polskiej* Verband der Polnischen Jugend
ZMS	*Związek Młodzieży Socjalistycznej* Bund der Sozialistischen Jugend
ZMW	*Związek Młodzieży Wiejskiej* Bund der Landjugend
ZOMO	*Zmotoryzowane Odwody Milicji Obywatelskiej* Motorisierte Reserven der Bürgermiliz
ZSL	*Zjednoczone Stronnictwo Ludowe* Vereinigte Bauernpartei
ZSP	*Zrzeszenie Studentów Polskich* Verband der Polnischen Studenten

VORSCHAU

Autoren

Dr. **Nancy Aris**, Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin (Russistik, Polonistik, Neuere und Neueste Geschichte), mehrere Auslandssemester in Russland und Polen, 2003 Promotion mit einer Arbeit über die Geschichtsschreibung in der stalinistischen Ära, seit 2003 Referentin beim Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (Erarbeitung und Durchführung von Bildungsprojekten, Veranstaltungsplanung, Ausstellungskonzeption und Lektorat).

Ausgewählte Publikationen: *Die Moskauer Metro – ein Mythos zwischen Tempel, Großbaustelle und sozialistischem Lebensideal. Mythische Formen der literarischen Verarbeitung des Metrobaus in den dreißiger Jahren*, Humboldt-Universität zu Berlin 1998; *Die Metro als Schriftwerk: Geschichtsproduktion und industrielles Schreiben im Stalinismus*, Berlin 2005; *Bildungsarbeit aus dem Koffer: Wie historische Quellen den Geschichtsunterricht beleben*, in: *Lernfeld DDR-Geschichte: Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung*, hg. v. H. Behrens u.a., Schwalbach 2009, S. 333–346.

Prof. Dr. habil. **Marion Brandt**, Lehramtsstudium (Deutsche Sprache und Linguistik, Geschichte) an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1991 Promotion. 2002 Habilitation mit einer Arbeit zum Thema *Für Eure und unsere Freiheit? Der Polnische Oktober und die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Schriftstellern aus der DDR*. Seit 2006 Professorin für Neuere Deutsche Literatur am Institut für Deutsche Philologie der Universität Gdańsk.

Ausgewählte Publikationen: *Schweigen ist ein Ort der Antwort. Eine Analyse des Gedichtzyklus „Das Wort der Stummen" von Gertrud Kolmar*, Berlin 1993; *Gertrud Kolmar (1894–1943) in Falkensee-Finkenkrug bei Berlin*, Frankfurt/Oder 1995; *Für Eure und unsere Freiheit? Der Polnische Oktober und die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Schriftstellern aus der DDR*, Berlin 2002.

VORSCHAU

Kinga Hartmann-Wóycicka, Studium der Pädagogik und Psychologie an der Universität Warschau, lebt und arbeitet seit 1984 in Deutschland. Autorin und Koautorin von Lehrprogrammen für den Polnischunterricht an deutschen Schulen, Autorin und Herausgeberin von Polnisch-Lehrbüchern, ergänzenden Lehrmaterialien für den Geschichtsunterricht sowie von Lehrmaterialien zu den deutsch-polnischen Beziehungen und von Ratgebern zur Projektarbeit an Schulen. Seit 2002 bei der Sächsischen Bildungsagentur angestellt, derzeit als Leiterin des Koordinierungsbüros der Ziel3-Projekte der Sächsischen Bildungsagentur in Görlitz.

Herausgeberin u.a. folgender Publikationen: *Stereotype und Interkulturalität. Beiträge zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit*, Wrocław 2008; *Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Ausgewählte Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933–1949*. Wrocław–Dresden 2007 und 2009; *Zuhause an der Neiße. Görlitz und Zgorzelec 1945–1989. Chronik der Ereignisse*, Görlitz–Zgorzelec 2012.

Dr. **Łukasz Kamiński**, Absolvent der Universität Wrocław, ab 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Historischen Institut, 1999 Promotion mit einer Arbeit über den gesellschaftlichen Widerstand in den ersten Jahren nach Einführung des Kommunismus in Polen. Ab 2006 stellvertretender Direktor, 2009–2011 Direktor des Büros für Öffentliche Bildung am Institut für Nationales Gedenken. Seit 2011 Vorsitzender des Instituts. Redaktionsmitglied u.a. bei der Halbjahresschrift „Pamięć i Sprawiedliwość" (Gedenken und Gerechtigkeit) und der „Encyklopedia Solidarności". Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift „Caiatele CNSAS" (Rumänien) sowie des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik).

Ausgewählte Publikationen: *Młodzież w oporze społecznym 1944–1989*, Wrocław 2002; *Polacy wobec nowej rzeczywistości 1944–1948. Formy pozainstytucjonalnego, żywiołowego oporu społecznego*, Toruń 2000; *Opór społeczny w Europie Środkowej w latach 1948–1953 na przykładzie Polski, NRD i Czechosłowacji*, Wrocław 2004 (mit A. Małkiewicz und K. Ruchniewicz). Mitherausgeber u.a. von: *Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991*, Analysen und Dokumente der BStU 33, Göttingen 2008 (zusammen mit K. Persak, J. Gieske).

Teresa Korsak, Germanistik-Absolventin der Universität Warschau. Langjährige Lektorin und Herausgeberin (u.a. *Großwörterbuch Polnisch-Deutsch, Handwörterbuch Deutsch-Polnisch, Handwörterbuch Polnisch-Deutsch, Duden-Bildwörterbuch Deutsch-Polnisch, Umweltwörterbuch Deutsch-Polnisch und Polnisch-Deutsch*) und 1999–2008 Direktorin sowie Vorstandsvorsitzende des Verlags „Wiedza Powszechna" in Warschau. In diesem Zeitraum Verlegerin der Serie „Klio in Deutschland", zusammen mit dem Deutschen Historischen Institut Warschau (u.a. J. Fried, *Otto III. und Bolesław Chrobry*, Warschau 2000; K. Zernack, *Polen und Russland.*

VORSCHAU

Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Warschau 2000; S. Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Warschau 2003).

Dr. **Ehrhart Neubert**, Theologie-Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1964–1984 Vikar und Pfarrer, Seelsorger. Publikationen in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Pseudonym „Christian Joachim". 1989 Mitbegründer der Bewegung Demokratischer Aufbruch. 1996 Promotion mit einer Arbeit über die Geschichte der Opposition in der DDR in den Jahren 1949–1989. 1997–2005 Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (der sogenannten Gauck-Behörde).

Ausgewählte Publikationen: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997; *Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR*, Bremen 2001 (mit B. Eisenfeld); *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte*, Bremen 2004 (mit I.-S. Kowalczuk); *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/1990*, München 2008.

Dr. **Krzysztof Popiński**, Absolvent der Universität Wrocław, 1992–1996 Stipendiat des interdisziplinären Promotionsstudiengangs Schlesienstudien der Universität Wrocław. 1996 Promotion mit einer Arbeit über die Studenten der Universität Wrocław vor dem Ersten Weltkrieg. Seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftsuniversität Wrocław.

Ausgewählte Publikationen: *Kronika Wrocławia 2001, 2002, 2003*, Wrocław 2002, 2003, 2005; *Studenten an der Universität Breslau 1871–1921. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung*, Historia Academica, Bd. 46, StgVCC, 2007/08, Würzburg 2009; *Od SKS do NZS. Niezależne Zrzeszenie Studentów we Wrocławiu w latach 1980–2010*, Wrocław 2010 (mit J. Popińska).

Prof. Dr. habil. **Grzegorz Strauchold**, Absolvent der Universität Wrocław, wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Historischen Institut. 1993 Promotion mit einer Arbeit über die autochthone polnische Bevölkerung der West- und Nordgebiete in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. 1995 Habilitation, seit 2013 Professor. Leiter der Abteilung für Neuere und Neueste Geschichte des Historischen Instituts der Universität Wrocław.

Ausgewählte Publikationen: *Autochtoni polscy, niemieccy, czy…: od nacjonalizmu do komunizmu (1945–1949)*, Toruń 2001; *Myśl zachodnia i jej realizacja w Polsce Ludowej w latach 1945–1957*, Toruń 2003. Herausgeber u.a. von: *Dolnoślązacy? Kształtowanie tożsamości mieszkańców Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, Wrocław 2007 (zusammen mit J. Nowosielska-Nobel).

VORSCHAU

Das vorliegende Buch ist an Schüler gerichtet und möchte die Zivilcourage und das Engagement von Menschen in Polen und in der DDR in ihrem Kampf für die Freiheit gegen ein totalitäres System festhalten. Deutsche und polnische Autoren sorgen für eine vergleichende Sichtweise und füllen unabhängig von der Vielzahl an Literatur über den Kommunismus in Ostmitteleuropa eine Lücke, da das Wissen über die Jahre der Diktatur beim jeweiligen Nachbarn in beiden Gesellschaften nach wie vor begrenzt ist.

In fünf thematischen Blöcken werden die Etablierung des kommunistischen Systems, die Rolle des Individuums im totalitären Staat, die Entwicklung der Opposition, die Unterstützung der Opposition aus dem Ausland und Reformansätze sowie der Niedergang des Systems dargestellt. Bildmaterial, Zeitdokumente und in den Text eingebaute Einzelschicksale sorgen für eine gute Lesbarkeit des Buches. Zugleich werden immer wieder auch die Unterschiede in der Entwicklung beider Volksrepubliken deutlich. So spielte die Perestroika-Politik von Michail Gorbatschow für die Entwicklung der Opposition in der DDR eine große Rolle, während sie für die Opposition in der Volksrepublik Polen nur marginale Bedeutung hatte.

Der in der Forschung nach wie vor umstrittene und im Buch verwandte Totalitarismusbegriff wird ansprechend eingeführt und die materialreiche Publikation erlaubt es dem Leser, sich ein eigenes Bild über den Charakter des kommunistischen Systems in Polen und in der DDR zu machen.

Prof. Dr. Stefan Garsztecki

VORSCHAU

Lernen und verstehen
Poznać i zrozumieć

Neisse Verlag

ISBN 978-3-86276-117-3